

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904**

102 (18.3.1904) Badischer Landtag. 46. öffentliche Sitzung der Zweiten  
Kammer



# Karlsruher Zeitung.

Nr. 102.

Freitag, 18. März.

1904.

## Badischer Landtag.

### 46. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Donnerstag, den 17. März 1904.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. Schenkel, Ministerialdirektor Geh. Rat Heil, Geh. Oberregierungsrat Krens und Regierungsrat Hafner.

Präsident Dr. Günner eröffnet die Sitzung kurz nach 9<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Sekretär Köhler verliest die eingegangenen Petitionen:

1. Petition des Gemeinderats Neustadt i. Schw., die Errichtung einer Realschule in Neustadt betreffend.

2. Bitte des Frl. v. St. Andros in Königsbach um Errichtung einer Eisenbahnhaltestelle bei dem Derbinger Ueberange zwischen Bretten und Gölshausen.

Die erste Petition wird der Budgetkommission, die zweite der Kommission für Straßen und Eisenbahnen überwiesen.

Eingegangen ist ferner:

Ein Schreiben des Finanzministeriums mit dem Gesetzentwurf, die Ausgabe von Schatzanweisungen für die Eisenbahnschuldentilgungskasse betreffend.

Soll gedruckt und im abgekürzten Verfahren der Budgetkommission überwiesen werden.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein:

1. Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums des Innern für 1904 und 1905, Ausgaben Titel XVI, Einnahmen Titel VII (Landwirtschaft). Drucksache Nr. 14c.

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, die Versicherung der Rindviehbestände betreffend. Drucksache Nr. 35a.

Zu Punkt 1 erhält zunächst das Wort:

Abg. Armbuster: Das große Gebiet der Landwirtschaft wurde seitens der sachverständigen Vertreter und seitens der Berufslandwirte so erschöpfend behandelt, daß die

eifrigste Suche nach neuen Gesichtspunkten nur eine geringe Ausbeute ergeben könnte. Aber ein Punkt wurde bis jetzt noch nicht berührt, die landwirtschaftliche Buchführung. Ich weiß ganz wohl, daß die Landwirte nicht gern zur Feder greifen, weil sie wissen, daß, wo der Name steht, auch der Kopf steht. Ich habe in meiner langjährigen Praxis in Streitigkeiten zwischen Landwirten unter sich und zwischen Geschäfts- und Kaufleuten nur ganz selten, fast nur in zwei oder drei Fällen ein auch nur einigermaßen gut geführtes Haus- oder Notizbuch eines Landwirts gefunden, das einigermaßen brauchbar gewesen wäre als Beweisstück im Zivilprozeß. Und doch ist die landwirtschaftliche Buchführung von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Auch die einfachste aber sorgfältige Buchführung würde den Landwirt veranlassen, seine fachtechnischen Kenntnisse zu erweitern, und er würde dadurch einen Ueberblick bekommen über die Mittel, über die er verfügt hat und über die, welche ihm not tun. Ein solches landwirtschaftliches Hauptbuch ist besser als eine Aufzeichnung an das Scheunentor oder einige Notizen in den Kalender. Daß die Winterschulen in dieser Hinsicht Wandel schaffen werden, dieser Hoffnung darf man sich wohl hingeben. Unterstützend aber wird hier eintreten müssen die ländliche Wohlfahrtspflege, der ich einige Worte widmen will.

Als im Jahr 1897 unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Thiel im Berliner Architektenhaus der Ausschuß für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege zur 6. Hauptversammlung tagte, welcher Versammlung auch ein Vertreter der Großh. Regierung beizukam, da wurde die Versammlung von der Täglichen Rundschau mit den Worten begrüßt: „Für das Hauptstück unserer landwirtschaftlichen Gebrechen — die Landflucht und die Leutenot — gibt es kein Mittel, wenn nicht auf den Wegen, welche der Ausschuß für ländliche Wohlfahrtspflege schlicht, geräuschlos und bescheiden jetzt das 7. Jahr schon gewiesen hat.“ Inzwischen hat auch Baden einen Verein für Wohlfahrtspflege gegründet, dessen Bestrebungen auch die Regierung in dankenswerter Weise ihre Aufmerksamkeit geschenkt und durch Zuwendungen unterstützt hat.“ Wenn auch die sozialpolitische Fürsorgetätigkeit des



Staates für die wirtschaftlich Schwachen und Notleidenden viel getan hat und noch tut, so bleibt immer noch ein Stück sozialer Arbeit, die Wohlfahrtspflege, übrig, weil der Staat allein nicht überall helfen kann und die wirtschaftlich Schwachen teils wegen ihrer wirtschaftlich unsicheren Existenz, teils aus Mangel an Bildung und Kenntnissen sich nicht aufhelfen können. Hier ist nur die Wohlfahrtspflege am Platze. Speziell die ländliche Wohlfahrtspflege befaßt sich ja mit dem Berufsstand der Landwirte, weil diese sich in besonderer Notlage befunden haben und befinden, wenn auch der Herr Minister gemeint hat, ihre Lage habe sich gebessert. Die Landwirtschaft konnte sich ja nicht immer da helfen, wo eine Landflucht die arbeitenden Hilfskräfte vom Land zur Stadt wegtrieb. Daß diese Erscheinung in die Augen treten mußte, ist klar, wenn man die, wenn auch unsichere Statistik in Betracht zieht. In den Jahren 1882 bis 1895 ist der Prozentsatz der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung von 42,51 Proz. auf 35,74 Proz. herabgesunken.

Der Zug vom Lande in die Stadt ist an und für sich eine natürliche, wir können sagen notwendige Erscheinung, was die Geschichte der Städtebildung und die Bevölkerungsgesetze dartun. Ungesund wird die Auswanderung aber, wenn sie ausartet in eine förmliche Landflucht, so daß nicht nur der Uberschuß abzieht. Die Gründe, aus denen vom Land die Arbeiter abströmen, sind natürlich verschiedenartige; teilweise waren sie darin gelegen, daß den jungen Leuten die Löhne auf dem Lande nicht behagten; sie glaubten in der Großstadt das Eldorado für das zu finden, was sie auf dem Lande nicht hatten. Viele sind auch in die Stadt gezogen und haben bittere Enttäuschungen erfahren. Gegen diese Ursachen hätte man ja einigermaßen aufkommen können, wenn die Landwirtschaft in der Lage gewesen wäre, bessere Löhne zu bezahlen. Aber der Rückgang der Landwirtschaft gestattete das nicht. Man erachtete es deshalb sowohl anderwärts als auch anlässlich dieser Versammlung für dringend notwendig, vereint hier vorzugehen, und das Volk zu belehren, daß die Heimat eben auch ihre Schönheiten hat. Diese Bewegung wird vielfach mißverstanden. Die einen glauben, es sei eine Art Wohltätigkeitsanstalt, aus der man die wirtschaftlich Schwächeren unterstützt. Das ist nicht richtig.

Die Tendenz des Vereins für ländliche Wohlfahrtspflege hat sozial reformerische, volkswirtschaftliche, gemeinnützige und insbesondere volkserzieherische Aufgaben sich gestellt. Er trägt sich mit dem Gedanken, Einrichtungen in das Leben zu rufen, welche, den Gegensatz zwischen Stadt und Land und die sozialen Mißstände etwas abtönend und ausgleichend, geeignet sind, die ländliche Bevölkerung zu stützen, und er will vorbeugend namentlich Hilfe zur Selbsthilfe bieten. In dieser Hinsicht wird von großer Bedeutung das Genossenschaftswesen. Es wird beklagt, daß es noch nicht den Umfang angenommen hat, den es haben sollte. Wenn nun diese wirtschaftliche Erkenntnis in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll, ist notwendig Belehrung. Der ländliche Wohlfahrtspflegeverein will vor allem belehrend und anregend sich betätigen, damit der Landwirt einseht, wie wertvoll das Genossenschaftswesen ist. Hier gilt das Wort des Dichters:

„Galt nur hilft dem Armen die tägliche Gabe des Reichen,  
Hilf ihm, daß er sich selbst helfe, so hilfst du ihm ganz.“

Es wurde mit Recht vom Herrn Minister hervorgehoben, daß der Staat hier nicht die Macht hat, Wandel zu schaffen. Es gilt hier das Sprichwort: Der Bauer muß anspannen und der Staat muß Vorspann leisten.

Der Verein für ländliche Wohlfahrtspflege will dem Genossenschaftswesen nur die Wege ebnen und das Verständnis dafür verbreiten. Es wurde vielfach früher entgegengehalten, als man in Baden dazu überging, einen Verein für ländliche Wohlfahrtspflege zu errichten, das haben wir alles schon, wir haben landwirtschaftliche Vereine und Blätter usw. Dies ist nicht richtig.

Die ländliche Wohlfahrtspflege will aber in keiner Weise die landwirtschaftlichen Vereine brach legen oder verdrängen, oder gar gegenfällige Bestrebungen verfolgen. Der Ausschuß für ländliche Wohlfahrtspflege hat eine Anzahl Programmpunkte aufgestellt; diese umfassen alle Bestrebungen der landwirtschaftlichen Vereine, wie Genossenschaftswesen, Konsumvereine, Sparkasseneinrichtungen, Rechtspflege und Rechtsschutz. Die Programmpunkte wollen indes nicht bloß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Landbevölkerung verbessern, sondern auch die Not beseitigen, welche die Landbevölkerung in kultureller und menschlicher Hinsicht zu ertragen hat und nach allgemeiner Ansicht wesentlich zur Landflucht beiträgt, vielleicht mehr als die Notlage in wirtschaftlicher Hinsicht.

Im einzelnen ist die ländliche Wohlfahrtspflege zunächst Heimatspflege. Sie sucht das Heimgefühl zu wecken und zu stärken, indem sie den Sinn öffnet für den idealen Charakter der Heimat durch Pflege der heimatischen Geschichte und Sage, des Sprach- und Viederschazes der Heimat, indem sie weiter zur Erhaltung der volkstümlichen Trachten und der heimischen Bauart — in einer dem Bedürfnis der heutigen Zeit entsprechenden Form — auffordert, ihre Zweckmäßigkeit und ihren Zusammenhang mit dem Klima, den Sitten und Gebräuchen der Altvordern hervorhebt, endlich indem sie hinweist auf die Pflicht, Denkwürdigkeiten in Dorf und Feld zu schonen und die Ueberlieferungen dem heimischen Volkstum zu erhalten. Die ländliche Wohlfahrtspflege äußert sich weiter in der Einwirkung auf unser gesamtes Bildungswesen, insofern, als dieses auf die ländlichen Eigentümlichkeiten und Verhältnisse mehr Rücksicht zu nehmen und die Nachteile einer einseitigen Verstandesbildung durch größere Gemütspflege auszugleichen hat. Der ästhetische Sinn, das Gefühl für das Schöne und Gute soll geweckt und gebildet werden. Auch Natur und Kunst sind zwei wichtige Faktoren zur Bildung des ästhetischen Gefühls. Viele Menschen auf dem Lande gehen achlos an den vielen Schönheiten der Tier- und Pflanzenwelt vorüber, haben kein Auge für das gelehrnisvolle Leben und Wachen im Haushalt der Natur. Insbesondere wichtig ist ferner die Beschaffung guter Schriften in Volksbibliotheken, damit die durch die Kolportage hinausgetragene Schundliteratur entfernt wird. Der Einwand, das Volk habe hierfür kein Verständnis, ist unbegründet. Wo eine Volksbibliothek nicht eingerichtet werden kann, kann man ja für einen ganzen Bezirk eine Wanderbücherei einrichten. Wenn man in der Großstadt sieht, mit welchem Eifer die volkstümlichen Hochschulkurse besucht werden, nicht nur von städtischen, sondern auch von ländlichen Arbeitern, so wird man überzeugt, daß die Sehnsucht nach Verbesserung des Wissens in allen Schichten der Bevölkerung vorhanden ist.

Ein weiteres Mittel zur geistigen Hebung des Volkes sind die ländlichen Volksschauspiele und Gesellschaftsspiele. Diese müssen aber derart gestaltet sein, daß sie geistig veredelnd wirken. Theateraufführungen, wie sie schon da und dort im Schwunge sind, dürften ländliche Bildungs- und Unterhaltungsmittel sein. Gern möchte man, wenn man so etwas hört, von Utopien sprechen. Lesen Sie aber einmal in der Zeitschrift „Dorf und Hof“, wie Pfarrer Hindenlang in Segau diese ländlichen Volks-



Schauspiele aufstift und ins praktische Leben eingeführt hat. In einem Aufsatz erzählt er von einem Bauernknecht, der auf die Frage des Richters, warum sie denn immer am Sonntag raufen und trinken müssen, gesagt habe: „weil wir kein Theater haben“. Aus diesem Wort geht das Bedürfnis nach Volksunterhaltungen deutlich hervor. Herr Pfarrer Hindenlang nennt als Gegenstände der ländlichen Volksschauspiele: 1. religiöse Festspiele nach dem Vorbild von Oberammergau, 2. Darbietungen aus der Heimatgeschichte (vergleiche Wilhelm Tell in der Schweiz), 3. Volksjagen und Märchen, 4. die Dorfwelt, Dorfgeschichten usw. Voraussetzung bei allen diesen Bestrebungen ist aber der elementare, Fortbildungs- und Religionsunterricht.

„Die Welt“, sagt ein hervorragender Sozialpolitiker, Professor Hise, „läßt sich nicht zurückschrauben. Die Zeiten des einseitigen Patriarchalsystems sind vorbei. Es gibt keine Mittel, die Leute mit Gewalt auf dem Lande und in der Landwirtschaft zurückzuhalten, sie müssen innerlich gewonnen und gehalten werden. Nicht durch Verschärfung der Zuchtmittel — z. B. der Gefindeordnung — wird man die Söhne und Töchter auf dem Lande zurückhalten, sondern durch bessere familiäre Behandlung. Nicht dadurch, daß man die Schule vernachlässigt, wird man auch für Kuhstall und Dreschtemme sich Arbeitskräfte sichern, sondern dadurch, daß man in der Landjugend wieder Interesse, Verständnis und Liebe für das Land und die Arbeiten des Landes weckt.“

Hierin liegen große Wahrheiten. Mögen wir einen Beruf betätigen, welchen wir wollen, so müssen wir mithelfen zur Besserung der Notlage der Landbevölkerung. Das Land ist der Jungbrunnen. Den wollen wir nicht erschöpfen lassen, sondern seine gesunde Quelle erfließen lassen für das Vaterland. (Beifall.)

Abg. Hauser: Von dem Berichterstatter und verschiedenen der Redner sind die störenden Einflüsse erwähnt worden, welche die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Deutschlands während der letzten Jahrzehnte auf das Gedeihen mancher Zweige des Landwirtschaftsbetriebs geübt haben.

Auch ich möchte zunächst hierauf zurückkommen und insbesondere den Wünschen vieler meiner Wähler entsprechend, der schwierigen Lage gedenken, in der zurzeit diejenigen Landwirte sich befinden, welche als Unternehmer mittlerer und kleiner Landwirtschaftsbetriebe darauf angewiesen sind, lediglich aus den Erträgen desselben in den nach ihrer Lage und ihren klimatischen Verhältnissen weniger begünstigten Gegenden des Landes, besonders in wenig bemittelten Gemeinden, ihre wirtschaftliche Existenz zu erhalten.

Ich habe hier zunächst das mir näher bekannte Gebiet nördlich vom Bodensee im Auge; aber ähnlich sind die Verhältnisse gewiß auch weiterhin in der Saar, auf dem Randen, bei einem Teil des Schwarzwaldplateaus und vielleicht noch in anderen Landesteilen. Unsere Landesgegend war seit Jahrhunderten und bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein die Kornkammer der nördlichen Schweiz, nach der sie stets einen gesicherten Absatz für ihre Bodenerzeugnisse hatte. Damals herrschte bei den einfachen Verhältnissen der Zeit unter den Landwirten dieser Gegend ein behäbiger Wohlstand.

Unter dem Einfluß der überseeischen Konkurrenz hat nun längst die Ausfuhr der eigentlichen Brotfrüchte nach der Schweiz aufgehört, nur für den Hafer ist noch einiger

Abatz vorhanden. Jetzt treten als Hauptkäufer die Kunstmüller und Kleinmüller der Gegend selbst auf, die ihrerseits gleichfalls über die ruinöse Konkurrenz der Großbetriebe am Rhein zu klagen haben.

Die wesentlichen Einkünfte dieser landwirtschaftlichen Betriebe, welche den Hausstand erhalten müssen, fließen fast ausschließlich aus den Erträgen des Körnerbaues und der Aufzucht oder Mastung der Haustiere. Darüber hinaus gibt es im allgemeinen wenig Erwerbsgelegenheit, weder der Anbau von Handelsgewächsen, noch der Obstbau liefern Einnahmen, mit denen gerechnet werden kann; auch Gelegenheit zu Nebenverdienst ist selten geboten.

Die Preise der Körnerfrüchte sind nun ja, wie von verschiedenen Vorrednern hervorgehoben wurde, infolge der übermächtigen Einfuhr des Auslandes auf einen Tiefstand herabgedrückt, daß der Erlös nicht mehr ausreichend ist, um die Produktionskosten zu decken.

Etwas besser sind dank der bisherigen — aus Gründen der Seuchenpolizei erfolgten — Absperrung der Auslandsgrenzen zurzeit noch die Vieh- und Schweinepreise. Doch liefern auch sie keine hohen Reinerträge.

Den unablässigen Bemühungen und Anregungen der Groß-Regierung, wie auch den verschiedenen Vereinsorganisationen unseres Landes ist es zu danken, daß vieles geschehen ist, um den landwirtschaftlichen Betrieb nach den verschiedensten Richtungen zu verbessern und seine Erträge möglichst zu steigern.

Man ist mit Erfolg bemüht gewesen, eine bessere Bodenkultur einzuführen, dem Boden die geeigneten Düngemittel zuzuführen, das Saatgut sorgfältig auszuwählen, die Unkräuter zu beseitigen. Man bedient sich zweckmäßigerer Arbeitsgeräte und zeiterparender Maschinen. Man verwendet auf die Pflege und Fütterung der Haustiere besondere Arbeit und Aufmerksamkeit. Alle diese Betriebsverbesserungen haben gewiß dazu beigetragen, daß der Einnahmeausfall, welcher durch die verminderten Erlöse der verkauften Erzeugnisse entstand, teilweise durch die Mehrerträge wieder gedeckt werden konnte. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß diese Verbesserungen auch ihrerseits wieder gesteigerte Aufwendungen erforderten. Den hiernach nur mäßig gesteigerten Erträgen der Landwirtschaft stehen aber die fortwährend anwachsenden Ausgaben und Lasten des Betriebs gegenüber.

Wie den meisten Herren Kollegen bekannt sein wird, findet im Oberland der Uebergang der landwirtschaftlichen Anwesen von den Eltern auf die Nachkommenschaft in der Regel in der Weise statt, daß eines der Kinder das Gut in ungeteilter Gemeinschaft übernimmt und die übrigen mit Geld auslöst. Wenn es nun an genügenden Mitteln fehlt, muß der Uebernehmende Kapital aufnehmen. Auf diese Weise sind derartige Bauerngüter nach und nach verschuldet worden, und zwar vielfach bis zur Grenze der Beleihungsfähigkeit. In erster Reihe der Lasten stehen also die aufzubringenden Schuldzinsen, welche sich ja allerdings, seit die Bezirkssparkassen allgemein die Hypothekenbeleihung ländlicher Grundstücke betreiben, an der unteren Grenze des üblichen Zinsfußes bewegen.

Eine ganz bedeutende Mehrlast, die Sorge und Not der Landwirtschaft, ist aber entstanden durch den Mangel an Arbeitskräften, die Landflucht der männlichen und weiblichen Jugend, die Schwierigkeit, trotz verdoppelter Löhne brauchbare und zuverlässige Dienstboten zu erhalten. Daß es unter solchen Umständen manchmal schmerzlich empfunden wird, einen oder zwei Söhne zum



Militärdienst abgeben zu müssen, wird erklärlich sein. Dann aber kann nicht bestritten werden, daß die Anforderungen, welche unser aufstrebendes Deutsches Reich an seine Angehörigen stellt, und welche die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte auf politischem und sozialem Gebiete zum Ausdruck brachte, auch diesen kleinen Betriebsunternehmern eine Reihe andauernder und steigender Belastungen auferlegt hat.

Man klagt darüber, daß alljährlich vermehrte Beiträge für die verschiedenen Versicherungen: die landwirtschaftliche Unfallversicherung, die Kranken- und die Invalidenversicherung, die Gastpflichtversicherung für das Arbeitspersonal aufzubringen seien, wobei der Arbeitgeber auch die gesetzlichen Anteile des Arbeiters aus seiner eigenen Tasche bestreiten müsse. Zu diesen Lasten gehören auch die seit einigen Jahrzehnten regelmäßig alle 3—4 Jahre vorkommenden, oft volle 4 Wochen andauernden starken Einquartierungen während der Herbstmanöver, bei welchen der landwirtschaftlichen Bevölkerung sowohl durch die Verpflegung der Mannschaften, als durch die Unterbringung der Pferde vielfach empfindliche Opfer erwachsen. Es ist ja wiederholt schon nachgewiesen worden, daß man den Geldbetrag dieser Lasten mindestens dem Betrag einer Jahressteuer gleich schätzen kann und daß also die regelmäßig alle 4 Jahre mit Einquartierung Bedachten mit einer jährlichen Steuermehrbelastung von einem Viertel oder 25 Proz. belastet sind. Hierauf wird ja bei der Beratung des von meiner Fraktion gestellten Antrags noch näher eingegangen sein.

Eine fernere schwer drückende Last verursachen den Landwirten die mit den vermehrten Ausgaben und Ausgaben, besonders bei wenig bemittelten Gemeinden, rasch anwachsenden Gemeindeumlagen, die insbesondere von den mit Schulden beladenen Betrieben oft kaum aufzubringen sind.

Auch in diesen erhöhten Gemeindeabgaben sind ja vielfach die Folgen gesetzlicher oder obrigkeitlicher Anordnungen in der Form vermehrter Ausgaben zutage getreten; ich erinnere nur an die Kosten, welche z. B. durch Schul- und Rathausbauten, durch die neue Grundbuchsordnung, durch das Fleischbeschaugesetz, durch die periodischen Fortbildungskurse der Hebammen, durch die Bestimmungen über die Reinigung der Schulen auch den kleinsten Gemeinden erwachsen sind. Diese Umlagen wirken auf den verschuldeten Grundbesitz um so drückender, als ja bei der Grund- und Häusersteuer keinerlei Schuldbetrag in Betracht kommt.

Zur näheren Beleuchtung der gemachten Angaben gestatte ich mir, hier die Aufzeichnungen mitzuteilen, die mir von einem Landwirt, einem in jeder Hinsicht zuverlässigen, fleißigen und intelligenten Mann zur Verfügung gestellt sind. Derselbe betreibt seine Landwirtschaft mit seiner Frau, zwei erwachsenen Kindern und einem Knecht auf einem Anwesen, zu dem 36 Morgen Acker, 20 Morgen Wiesen und 15 Morgen Wald gehören. Das Anwesen dürfte nach den Verkehrspreisen der Gegend mit Lebens- und totem Inventar etwa 50 000 M. wert sein, worauf etwa 10 000 M. Schulden ruhen. Die Grundstücke gehören zu den besten der Gemarkung, sie befinden sich durchweg in gutem Stand.

Aus den mitgeteilten Aufzeichnungen habe ich berechnet, daß im Durchschnitt der Jahre 1901, 1902 und 1903 folgende Einnahmen erzielt wurden:

Erlös aus Vieh . . . . .	ca. M. 1 400
„ „ Schweinen . . . . .	„ „ 230
„ „ Früchten . . . . .	„ „ 720
Sonstige Einnahmen . . . . .	„ „ 250
zusammen	ca. M. 2 600

Die Ausgaben berechnen sich dagegen folgendermaßen:	
Schuldzinsen . . . . .	M. 350
Steuern und Umlagen . . . . .	„ 400
Dienstbotenlöhne . . . . .	„ 400
für Tagelohnarbeiten . . . . .	„ 100
Versicherungen aller Art . . . . .	„ 160
an Handwerker für Ausbesserung der Geräte . . . . .	„ 250
Sonstige Ausgaben . . . . .	„ 150
zusammen	M. 1 810

Dabei ist das, was an Naturalien aus dem Landwirtschaftsbetrieb in den Haushalt einging und zur Ernährung von Herrschaft und Gefinde verwendet wurde, bei den Einnahmen und Ausgaben nicht berücksichtigt. Man wird es zu etwa 1800 M. berechnen können, um welchen Betrag die beiden Posten sich erhöhen würden. Es ergibt sich hiernach ein Ueberschuß der Einnahmen über die Betriebsausgaben von durchschnittlich etwa 790 M., aus welchem dann die aus 4 Köpfen bestehende Familie alle weiteren Ausgaben, insbesondere für Kleider, bestreiten soll. Verteilt man diesen Ueberschuß auf die vier Familienglieder, so kommen noch nicht einmal 200 M. auf den Kopf, also noch nicht einmal der Dienstlohn eines Knechtes. Von einer Verzinsung des Reinertrags von etwa 30—35 000 M. ist überhaupt keine Rede.

Die Lebensweise aller dieser bäuerlichen Familien ist die denkbar einfachste und genügsamste, man könnte sie fast als vegetarisch bezeichnen, da Fleisch in geräucherter Form nur zwei- bis dreimal wöchentlich auf dem Mittagstisch kommt und im übrigen Mehlspeisen, Kartoffeln und Milch die Hauptnahrung bilden. Mancher, der an den oft stattlichen, gut unterhaltenen Gehöften mit den geräumigen Scheuern und Stallungen vorbeigeht, ahnt wohl nicht, daß auch hier, um ein Wort des unglücklichen Ministers Buchenberger zu wiederholen, Frau Sorge der tägliche Gast ist.

Ein merkwürdiger Umstand ist, daß trotz der geschädigten Verhältnisse die Güterpreise bis jetzt im allgemeinen wenig zurückgegangen sind. Das hängt einmal damit zusammen, daß die jetzigen Besitzer ihr Eigentum mit alemannischer Zähigkeit und Hartnäckigkeit verteidigen und dann damit, daß die ganz kleinen Landwirte, die ihren Haupterwerb aus landwirtschaftlicher oder gewerblicher Lohnarbeit ziehen und denen die erhöhten Löhne zugute kommen, mit ihren Ersparnissen für verkäufliche Grundstücke als Käufer auftreten.

Der Ausblick in die Zukunft ist für diese Landwirtschaftlichen Betriebe ein recht düsterer; zunächst hofft man auf das Zustandekommen der neuen Handelsverträge mit Oesterreich und Rußland, und damit auf einige Besserung der Verkaufspreise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse; sodann aber rechnet man sicher darauf, daß wir von der Auflage neuer Lasten durch den Staat verschont bleiben und daß dieser, wenn immer möglich, zur Beseitigung bereits bestehender Lasten schreiten wird, was insbesondere dadurch geschehen kann, daß gering bemittelten Gemeinden noch weiter gehende Beihilfen und Erleichterungen gewährt werden. Endlich wird man aller Entschiedenheit darauf gedrungen werden müssen, daß bei der bevorstehenden Steuerreform die ungemein schwierige Lage, in der sich der Bauernstand befindet, gebührend berücksichtigt und seine Steuerbelastung entsprechend erleichtert werde.

Wir Alle sind wohl davon überzeugt, daß es einen unermesslichen Nachteil für unser Staatswesen bedeuten würde, wenn dieser für sein Fortbestehen so unentbehr-



liche Stand ernstlichen Schaden nehmen oder gar, trotz aller tapferen Gegenwehr, von den Wogen der Zeit unbarmherzig hinweggespült würde.

Mögen die Verufenen ihm daher zu Hilfe kommen und die schützenden Dämme soweit als erforderlich verstärken, bis die Zeit der Hochflut überstanden ist.

Man ist in bäuerlichen Kreisen voll Dank und Anerkennung gegenüber der Großh. Regierung und ihren vollziehenden Organen für ihr unablässiges Bemühen, mit Rat und Tat zu helfen; sie wird, wie man fest vertraut, auch fernerhin gewillt sein, alles zu tun, was dem Bauernstand über seine jetzige Notlage hinweghelfen kann.

Ich möchte nun noch einiges zur Schweinezucht und -mast sagen, die ja wegen des geringen Betriebskapitals, das sie erfordert, und wegen der raschen Umfäße, die sie ermöglicht, bei guten Verkaufspreisen zu den rentableren Betriebszweigen der Landwirtschaft gehört; sie hat sich in den letzten Jahren außerordentlich vermehrt. Die Ansicht der Landwirte ist, daß die Zahl der Zuchtstationen noch weiter vermehrt werden sollte, weil der Transport der zuzuführenden Muttertiere schwierig und umständlich sei und daher vermieden werden sollte. Die jetzigen Zustände mancher Stationen sind nicht befriedigend, es sei mehrfach ungenügendes Material eingeführt worden, das schlechte Zuchtergebnisse liefere.

Bei der Viehzucht wird es als nachteilig bezeichnet, daß der Verkauf des Zuchtviehs seit einigen Jahren dadurch leide, daß die auswärtigen Händler in großer Zahl junge Farrenkälber schon im Alter von vier Monaten ankaufen, wodurch dem Züchter der aus der Aufzucht sich ergebende Gewinn entgeht. Es ist bei uns bedauert worden, daß die Danziger Ausstellung vom Oberbadiischen Zuchtverband nicht beschickt werden konnte; man hoffte mit Hilfe derselben auf dem russischen Markt Boden zu gewinnen, zumal die russischen Käufer jetzt große Mengen von Zuchtvieh in der Schweiz ankaufen und dort als gute Käufer geschätzt sind.

Die Rinderstammzuchtstationen betreffend ist es sehr erfreulich, der im Bericht abgedruckten Erklärung der Großh. Regierung zu entnehmen, daß mit der Auszucht angekaufter junger Farrenkälber auf den Stammzuchtstationen Versuche angestellt werden sollen; nur wünschte man, daß neben den Schweizer Farrenkälbern auch einheimische Tiere bester Abstammung aufgezogen werden möchten; ebenso daß man statt schweizerische Zuchtstübe beste Tiere einheimischer Abstammung für die Stammzuchtstationen ankaufen sollte. Wenn annähernd die Preise angelegt würden, welche man durchschnittlich für Schweizer Zuchtvieh aufwendet, könnte man das allerbeste einheimische Material erwerben, das sich besser angehöht als das schweizerische und dem Bezirk erhalten bleiben würde. Dem feuchtenartigen Verfall, wie es in Billingen auftrat, scheinen überhaupt diese schweizerischen Muttertiere mehr ausgesetzt zu sein als die einheimischen; wenigstens kamen auch in Tannenbrunn im verfloffenen Herbst mehrere Fälle vor; ebenso sind in einem sehr gut geleiteten Privatstall, dessen Eigentümer den Versuch mit der Einföhrung weiblicher Originaltiere machte und es an Pflege und Wartung nicht fehlen ließ, im verfloffenen Jahre sieben Fälle an Verfall vor gekommen.

Hg. Böhner: Der Wahlkreis, den ich zu vertreten die Ehre habe, gehört zu den hauptsächlich Landwirtschaft treibenden. Sie werden es daher begreiflich finden, wenn auch ich zu diesem Titel das Wort nehme.

Mein Wahlkreis erfreut sich, namentlich in seinem

nördlichen Teile, einer hochentwickelten Viehzucht. Daß er hierin Hervorragendes leistet, hat er erst voriges Jahr wieder gezeigt gelegentlich der im Oktober in Pfullendorf abgehaltenen landwirtschaftlichen Gauausstellung. Mein verehrter Vorgänger, der frühere Hg. Hug, hat die Ausstellung besucht und sich dabei überzeugt, daß in allen Zweigen der Landwirtschaft ein Fortschritt stattgefunden hat, vornehmlich aber in der Viehzucht. Die Ausstellung wird also zweifellos ihren Zweck erreicht und den Ruf der oberbadiischen Viehzucht von neuem in die Welt hinausgetragen haben. Die Großh. Regierung hatte für Prämien eine bedeutende Summe ausgeworfen und damit wesentlich zum Zustandekommen der Ausstellung beigetragen; es sei ihr hierfür der gebührende Dank ausgesprochen. Anerkennung verdienen aber auch Stadt und Spitalverwaltung Pfullendorf, die das Unternehmen ebenfalls mit reichen Mitteln unterstützt haben.

Stadt und Spitalverwaltung Pfullendorf tun überhaupt ihr Möglichstes zur Förderung der Landwirtschaft in der Erkenntnis, daß in ihr hauptsächlich die Wurzeln der Existenz für die Bevölkerung jener Gegend ruhen. Ich erinnere nur an die Jungvieh- und Fohlenweiden in Richtenegg und Mariahof, die beide dem Spital gehören.

Auf Mariahof befindet sich auch eine Rinderstammzuchtstation des Staates, bei der ich kurz verweilen möchte. Nach dem Berichte des verehrten Kollegen Schiller waren die Ergebnisse der staatlichen Rinderstammzuchtstationen nicht durchweg befriedigend. Insbesondere gilt das auch von Mariahof. Als Ursache dieser unliebsamen Erscheinung hat die Großh. Regierung Mängel bezeichnet, die sich auf Mariahof bei der Wartung und Pflege der Tiere eingeschlichen haben, inzwischen aber schon wieder beseitigt worden sind. Mir will aber scheinen, daß noch andere, tiefer liegende Ursachen mitgewirkt haben und daß diese Ursachen bei allen staatlichen Stammzuchtstationen zutreffen, mindestens soweit die Simmentaler Rasse in Frage kommt.

Als solche Ursachen, die den Zweck der Stammzuchtstationen, wenigstens nach der pekuniären Seite hin, in Frage stellen, sind mir drei genannt worden, und zwar von durchaus sachverständiger Seite. Zu meiner Freude habe ich aber auch in den interessanten Ausführungen des Herrn Berichterstatters ermunternde Anklänge in dieser Hinsicht vernommen. Die drei Ursachen sind folgende:

1. das wiederholte Auftreten der Maul- und Klauenseuche,
2. die fast ausschließliche Verwendung im portierter Stammzuchtstübe und
3. der Ausschluß junger Farren, die die Impfsprobe nicht bestanden haben.

Zur Begründung nur einige wenige Worte:

Was den ersten Punkt anlangt, so kann das Auftreten der Maul- und Klauenseuche allerdings nicht ganz verhindert, aber doch erschwert werden, und zwar durch mögliche Isolierung, und vielleicht ist in dieser Hinsicht bis jetzt noch nicht genug geschehen. Vor allem sollte der Verkehr des Personals mit anderen Tierbeständen möglichst eingeschränkt und zur Zeit drohender Seuchengefahr überhaupt aufgehoben werden.

Als Stammzuchtstübe sollten darum mehr im Inland gezüchtete Tiere verwendet werden. Nicht nur daß sie billiger sind als die importierten, erfahrungsgemäß akklimatisieren sie sich auch leichter als diese, bleiben länger fruchtbar und sind weniger empfänglich für die Tuberkulose.



Hierauf möchte ich Sie ganz besonders aufmerksam machen und komme damit zum dritten Punkt. Die Bekämpfung der Tuberkulose verdient gewiß alle Anerkennung, aber sie wäre von zehnfachem Nutzen, wenn sie in erster Linie bei den weiblichen Tieren einsetzte, bei den Kühen, von denen die Milch zum Genuß von Menschen und Tieren gewonnen wird. Wenn die Farren tuberkulös sind, so ist das weit weniger gefährlich. In dem jugendlichen Alter, wo sie zur Zucht verwendet werden, wird die Krankheit in der Regel noch wenig entwickelt sein und selten jene Organe erfaßt haben, die die Bazillen auf andere Tiere zu übertragen vermögen. Außerdem kann man aber den Farren so plazieren, daß eine Uebertragung durch Nase und Maul möglichst vermieden würde. Eine direkte Uebertragung der Tuberkulose vom männlichen Tier auf die Frucht aber, woran man in erster Linie zu denken geneigt ist, ist, wie mir gesagt wird, überhaupt so gut wie ausgeschlossen; jedenfalls ist die nur in sehr seltenen und da kaum nachweisbaren Fällen vorgekommen. Unter diesen Umständen bedeutet es aber einen verhältnismäßig zu großen Verlust, wenn man einen Farren, der lediglich die Impfpflicht nicht besteht und keine anderen Krankheitserscheinungen aufweist, zum Schlachtwert absetzt.

Die Vorschläge, die ich auf Grund sachverständiger Information der Großh. Regierung mir zu machen erlaube, und zwar im Interesse der Erhaltung des Instituts der Minderstammzuchtstationen, sind also, kurz zusammen gefaßt, folgende: Möglichste Isolierung der Stammzuchtstationen, namentlich bei Seuchengefahr, Bevorzugung inländischer Stammzuchtkühe und Aufhebung des Impfwanges bei den Farren.

Selbstverständlich müßte man diese Aufhebung auch auf die Gemeindefarren ausdehnen, was aber ebenfalls nur von Vorteil wäre, da damit eine gewaltige Abneigung gegen größere Anstrengungen im Zuchtbetrieb beseitigt würde. Andere Staaten, die gewiß auch auf ihren Nutzen sind, haben deshalb auch den Impfwang unbedenklich wieder abgeschafft und die Impfung nur noch für besondere Verhältnisse beibehalten. Vielleicht sieht sich die Großh. Regierung veranlaßt, diesem Beispiele zu folgen. Der Herr Regierungsvertreter hat zwar gesagt, es gebe bei uns gar keinen Impfwang, das Gesetz kenne keinen solchen. Gewiß, gesetzlich ist der Impfwang nicht, aber tatsächlich besteht er und zwar infolge der Haltung, die die Großh. Regierung bisher in dieser Frage eingenommen hat.

Noch ein anderes will ich bei dieser Gelegenheit der Regierung im Interesse des Zuchtwesens zu erwägen geben. Die Zuchtgenossenschaften sind zweifellos eine segensreiche Einrichtung. Sie werden aber den Leuten durch die Umständlichkeiten, und namentlich die Kosten der Markierung, der Registrierung und der zweimaligen Revision vielfach entleidet und eine Vereinfachung dieses Verfahrens wäre daher sehr erwünscht. Dasselbe wird aber zudem von sachverständiger Seite als nicht einmal mehr zweckdienlich bezeichnet, wenigstens für das oberbadische Zuchtgebiet, wo seit 40 und mehr Jahren nur noch ein Schlag, der Simmentaler, gezüchtet wird. Die Käufer kümmern sich auch, wie mir gesagt wird, vielfach gar nicht mehr darum, ob die Züchter einer Genossenschaft angehören oder nicht. Sie begnügen sich damit, den Gemeindefarren zu besichtigen, und erkundigen sich höchstens noch, wie lange die Simmentaler Zucht in der betreffenden Gemeinde betrieben wird.

Ich weiß wohl, daß die Regierung in dieser Frage nicht selbständig vorgehen kann, sondern von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft abhängig ist, und daß na-

mentlich die von dieser Gesellschaft veranstalteten Wanderausstellungen nur mit solchen Tieren besichtigt werden können, die in der bisherigen Weise registriert und markiert worden sind. Aber man könnte vielleicht das jetzige Verfahren auf die staatlichen und privaten Stammzuchtbestände beschränken, die für die Besichtigung der Wanderausstellungen ja wohl allein in Betracht kommen, und im übrigen könnte man die Gesellschaft durch Hinweis auf die bei uns gemachten Erfahrungen von ihrem Standpunkt abzubringen versuchen.

Nach diesen mehr allgemeinen Wünschen, aber im Zusammenhang mit der Viehzucht habe ich noch einen besonderen Wunsch der Stadt Markdorf vorzutragen.

Markdorf war bis zum Jahre 1884 Sitz eines Bezirksstierarztes. In diesem Jahre starb der damalige Bezirksstierarzt, ohne daß seitdem die Stelle wieder besetzt worden wäre. Die Stadt hat aber, um einem fühlbaren Mangel abzuhelfen, selbst einen Tierarzt angestellt mit einem Wartegehalt von 550 M. Auf die Wiederbesetzung der Bezirksstierarztstelle hat sie damit selbstverständlich aber nicht verzichtet und seit dem April v. J. besteht sie erst recht darauf. In Markdorf finden nämlich allwöchentlich große Viehmärkte statt. Die Kontrolle darüber hat bis zum April v. J. der von der Stadt angestellte Tierarzt ausgeübt. Im April aber wurde ihm diese Befugnis entzogen und seitdem übt sie der damals frisch aufgezogene Bezirksstierarzt in Ueberlingen aus. Dadurch erwachsen der Stadt Markdorf namhafte Kosten; allein in den Monaten April bis August, die nicht einmal zu der im Viehverkehr belebten Zeit gehören, hat sie über 230 Mark für Marktaufsicht an den Bezirksstierarzt in Ueberlingen bezahlt.

Unter diesen Umständen werden Sie es begreiflich finden, daß die Stadt Markdorf ihren alten Wunsch nach Wiederbesetzung der Bezirksstierarztstelle dem Ministerium von neuem und mit allem Nachdruck vorgetragen hat. Einen Erfolg erzielte sie allerdings auch jetzt nicht; das Ministerium schlug die Bitte mit der Begründung ab, der Bezirksstierarzt in Ueberlingen wäre sonst nicht genügend beschäftigt. Ich will nun nicht untersuchen, ob dieser Grund stichhaltig ist, jedenfalls rechtfertigt er aber nicht auch das, daß der Gemeinde zu den 550 M. Wartegehalt, die sie infolge der Wegnahme des Bezirksstierarztes zahlen muß, auch noch die mindestens ebenso hohen Kosten der Marktaufsicht aufgebürdet werden. Die Stadt ist in diesem Sinne auch ein zweites Mal beim Ministerium vorstellig geworden, hat aber auf diese Eingabe, die im September v. J. abgegangen ist, verwunderlicherweise überhaupt keine Antwort erhalten, jedenfalls nicht bis zum 13. Februar d. J., wo die Gemeinde sich mit ihrer Angelegenheit an mich gewandt hat.

Ich bitte die Großh. Regierung nun nochmals namens der Stadt Markdorf, die Anstellung eines staatlichen Tierarztes daselbst für die Zukunft wenigstens ins Auge zu fassen, schon jetzt aber dem von der Stadt angestellten Tierarzt wieder die Befugnis einzuräumen, die Marktdorfer Viehmärkte zu kontrollieren und die bei Seuchengefahr erforderlichen Zeugnisse auszustellen. In letzterer Hinsicht mache ich darauf aufmerksam, daß die Maul- und Klauenseuche bereits wieder von zwei Orten herandrückt, wie Markdorf wegen seiner württembergischen Umgebung der Seuchengefahr überhaupt sehr ausgesetzt ist.

Beifügen will ich noch, daß mir wohl bekannt ist, daß die fraglichen Dienstgeschäfte, insbesondere die Marktaufsicht für die Regel von einem staatlichen Tierarzt vorgenommen werden sollen, aber wenn irgendwo erscheint mir bei Markdorf der Fall einer Ausnahme ge-



geben, wie ich nach dem schon Gesagten nicht mehr auszuführen brauche.

Gestatten Sie mir nun noch, in Kürze auf ein anderes Gebiet der Landwirtschaft überzugehen, auf den Obstbau, der im Gegensatz zu der Viehzucht mehr im südlichen Teile meines Wahlkreises zu Hause ist, im Amtsbezirk Ueberlingen. Er dürfte aber hier eine ähnliche Bedeutung erlangen, wie die Viehzucht für den nördlichen Teil meines Wahlkreises, insbesondere einen teilweisen Ersatz bieten für den wenig rentabel gewordenen Getreidebau.

Einige Zahlen mögen Ihnen die Bedeutung des Obstbaus für den Bezirk Ueberlingen klar machen. Während im Deutschen Reich durchschnittlich auf einen Quadratkilometer 311 Obstbäume kommen, entfallen in Baden auf die gleiche Fläche 553, und man hat deshalb unser Heimatland mit Recht den Obstgarten Deutschlands genannt. Auf den Bezirk Ueberlingen trafe diese Bezeichnung aber noch mit weit größerem Rechte zu. Denn der Bezirk Ueberlingen weist dreimal so viel Obstbäume auf als der Durchschnitt des Reiches, indem hier auf den Quadratkilometer 927 Bäume entfallen. Im ganzen befinden sich nach der Zählung von 1900 etwa 340 000 Obstbäume im Bezirk und diese werfen nach zuverlässiger Schätzung und Berechnung einen durchschnittlichen Jahresertrag von 6—700 000 M. ab. Im verfloffenen Jahre speziell betrug er bei kaum mittlerer Ernte, aber allerdings guten Preisen (durchschnittlich 15 M. pro Doppelzentner) etwa 772 000 M. — nein! er betrug zweifellos weit mehr, da diese Summe nur den Wert des Obstes darstellt, das auf den Güterstationen des Bezirks verladen wurde; im ganzen waren es 5 817 000 Kilogramm, die hier zum Versand kamen. Sie sehen übrigens gleichzeitig, von wem großem Nutzen für uns die Eisenbahn ist.

Ein instruktives Bild von dem Stande des Obstbaues im Bezirk bot die im vorigen Herbst in Ueberlingen veranstaltete und reich besuchte Obstausstellung. Auch hier gebührt übrigens der Großh. Regierung wie der Stadtverwaltung Dank und Anerkennung für die Unterstützung und das Entgegenkommen, das sie dem Unternehmen zuteil werden ließen. Die Ausstellung hat zahlreiche Großhändler aus allen Teilen Deutschlands herbeigelockt und ihnen Gelegenheit geboten, unser herrliches Obst kennen zu lernen. Ein weiterer Vorteil der Ausstellung war der, daß aus den ausgestellten Proben von Sachverständigen ein Sortiment zusammengestellt wurde, das mit Rücksicht auf die Anforderungen des Großhandels den Obstzüchtern besonders empfohlen werden kann und zu dessen Anbau ihnen auch besonders an die Hand gegangen werden soll.

Die Hauptfrucht der Ausstellung war aber die Gründung eines Obstbauvereins für den Amtsbezirk Ueberlingen, der provisorisch zwar schon vorher sich gebildet und in dieser Form auch schon die Obstausstellung selbst veranstaltet hatte. Wie nützlich und geradezu notwendig die Gründung eines solchen Vereins war, ergibt sich aus der bereits mitgeteilten Tatsache, daß der durchschnittliche jährliche Obstertrag im Bezirk Ueberlingen sich auf 6—700 000 M. beläuft, und andererseits aus der weiteren Tatsache, daß der Obstbau im Bezirk Ueberlingen bis jetzt noch nach keiner Richtung hin intensiv betrieben wird. Bei sorgfältiger Pflege und tunlichster Ausdehnung des Obstbaues, sowie bei geeigneter Verwertung des Obstes unter Benützung der bereits vorhandenen und hoffentlich noch weiter entstehenden Verkehrsmittel des Bezirks kann aber das Erträgnis nach Ansicht der Sachverständigen in absehbarer Zeit auf das Doppelte gesteigert werden. An

der Nachfrage nach Obst fehlt es bekanntlich nicht, da der Obstkonsum in Deutschland sich in den letzten Jahren außerordentlich gesteigert hat, so daß der Bedarf bei weitem nicht mehr im Inland gedeckt werden kann.

Der Obstbauverein hat auch gleich Anfang in der Bevölkerung gefunden, er zählt schon jetzt mehrere 100 Mitglieder. Unter der sachkundigen und eifrigen Führung seines Vorstandes, des um den Obstbau im Bezirk sehr verdienten Herrn Professors Brugger in Ueberlingen, entfaltet er aber auch eine äußerst rege Tätigkeit. Am 7. Februar insbesondere hat er in einer Versammlung zu Oberhuldingen die Gründung einer Genossenschaft für Obstabsatz beschlossen; 30 Mitglieder erklärten sich auch sofort bereit, der Genossenschaft beizutreten. Soll diese Genossenschaft aber ihren Zweck erreichen, so bedarf sie einer ständigen Zentralstelle mit einer kaufmännischen Kraft als Leiter, mit Geschäftsräumen und allem, was damit zusammenhängt. Das und anderes, was von dem Verein geplant ist, wie Lehrkurse über Obsternte, Sortieren und Verpacken des Obstes, sowie eventuell eine Obstausstellung in Markdorf — das alles kostet Geld. Daran fehlt es dem Verein aber vorderhand, und es ist — für den Anfang wenigstens — auch nicht zu erwarten, daß die Genossenschaft, die als eine solche mit beschränkter Haftpflicht gedacht ist, die erforderlichen Mittel aufbringen werde. Der Verein rechnet deshalb mit aller Zuversicht auf eine Unterstützung durch die Großh. Regierung, zumal da ein entsprechendes Gesuch an den Kreisaußschuß Konstanz im wesentlichen offenbar aus Mangel an Mitteln, nur einen negativen Erfolg gehabt hat. Um die Bitte des Vereins, der ich mich selbstverständlich von Herzen anschließe, wirksamer zu machen, möchte ich mir gestatten, Ihnen eine Vergleichung des Obstbaues und der Viehzucht in ihrer Bedeutung für den Bezirk Ueberlingen vorzuführen. Das Ergebnis ist ein überraschendes. Unter Zugrundelegung einerseits eines durchschnittlichen Nettojahresertrages von 1 M. pro Obstbaum mit 18 vervielfacht u. unter Zugrundelegung andererseits eines Durchschnittswertes von 350 M. pro Stück Rindvieh — groß u. klein — gelangt man nämlich zu dem Ergebnis, daß im Bezirk Ueberlingen Obstbau und Viehzucht ungefähr gleich große Kapitalien repräsentieren, nämlich Kapitalien von je 5 bis 6 Millionen Mark; dabei kommt zugunsten des Obstbaues aber noch in Betracht, daß sich sein Wert ganz wesentlich steigern wird und daß der Faktor Arbeit bei ihm eine weit geringere Rolle spielt, als bei der Viehzucht. Angesichts dieses Ergebnisses nun, das selbstverständlich nicht für das ganze Land, aber doch auch nicht nur für den Bezirk Ueberlingen zutrifft, kommen einem die 8000 Mark, die das Budget für Förderung des Obstbaues vorsieht, recht dürftig vor gegenüber den Hunderttausenden, die für die Viehzucht ausgegeben werden sollen. Selbstverständlich möchte ich damit nicht einer Minderung der Ausgaben in letzterer Hinsicht das Wort reden, aber den Gedanken möchte ich doch anregen, ob es der Obstbau im Hinblick auf seine große volkswirtschaftliche Bedeutung nicht verdiente, wenn auch nicht in gleicher Weise wie die Viehzucht, aber doch stärker als bisher, unterstützt zu werden. Jedenfalls hat aber der junge Obstbauverein Ueberlingen eine Anwartschaft darauf, mit den für die Zwecke des Obstbaues tatsächlich zur Verfügung gestellten Mitteln an herborragender, wenn nicht an erster Stelle bedacht zu werden. Geschieht das jetzt und für die nächste Zukunft, so zweifle ich nicht, daß der Bezirk Ueberlingen mit der Zeit hinsichtlich des Kernobstbaues dieselbe Bedeutung für unser Land erringen wird, wie sie der Bezirk Bühl hinsichtlich des Steinobstbaues mit Hilfe des dortigen Obst-



baubereins unter der bewährten Leitung unseres Kollegen Geppert bereits erlangt hat.

Zum Schlusse möchte ich noch ein gutes Wort für die Winzer einlegen. Die Rebbaupersonen befinden sich, wie Ihnen bekannt, allgemein in einer mehr oder weniger bedrängten Lage, in einer mehr bedrängten besonders da, wo hauptsächlich Rotwein gepflanzt wird, wie in Meersburg. Der dortige Winzerverein hat allein aus den Jahren 1901 und 1902 noch 3400 Hektoliter Rotwein auf Lager und niemand fragt danach. Die Hauptursache dieser schlimmen Situation ist die Konkurrenz des mit italienischen Rotweinträumen hergestellten billigen Verschnittweins. Eine wesentliche Besserung in dieser Hinsicht erhoffen wir von dem neuen deutsch-italienischen Handelsvertrag. Aber nicht davon will ich sprechen, möchte Sie vielmehr auf ein anderes Mittel hinweisen, auf ein sogenanntes kleines Mittel, womit den Winzern aber sofort einigermaßen geholfen werden könnte. Die Reben sind nämlich vielfach zu wenig gedüngt, besonders ist das auch wieder in Meersburg der Fall. Wegen der Beschaffenheit des Geländes wird dort wenig Feldbau getrieben und naturgemäß fehlt es infolgedessen an Stalldung, Kunstdünger, der im Rebbaubereich ja auch sehr gute Dienste leistet, kostet aber Geld und Geld ist bei den Rebbaupersonen rar. So möchte ich denn die Großh. Regierung bitten, den Rebbaupersonen in ähnlicher Weise zu Hilfe zu kommen, wie in den Jahren 1892 und 1893, wo sie ihnen Kunstdünger um den halben Preis geliefert hat. Des Dankes unserer Winzer dürfte sie versichert sein. (Beifall.)

Abg. Schmidt: Es ist bereits von meinem Kollegen Geppert die mißliche Lage unserer Wein- und speziell Rotweingebauer trefflich gekennzeichnet worden. Als Vertreter des Bezirkes, in welchem der beste Rotwein in Baden und auch wohl im Reich gebaut wird, will ich meinerseits noch einmal auf die Weinfrage zurückkommen, denn diese Frage ist die Lebensfrage dieses Bezirkes, da die wirtschaftliche Existenz der dortigen Rebbaupersonen auf dem Spiele steht. Der Rebbauperson ist an und für sich schon in einer ählichen Lage, um so notwendiger ist es, daß er dann, wenn ein guter Herbst ist, zu entsprechenden Preisen seinen Wein verkaufen kann, um seinen Verbindlichkeiten nachkommen zu können. Die Lage hierzu ist nun in meinem Bezirk eine geradezu trostlose. Nicht nur die vielen Fehljahre, sondern vor allem die Ungunst, in welche die Rebbaupersonen durch die Befehgebung verkehrt worden sind, haben einen wahren Notstand erzeugt, so daß die Leute in einer geradezu verzweifelten Lage sind. Man kann von erfahrenen und erprobten Reblenten hören, daß sie lieber die Burgunderreben herausreißen und dafür Weißwein bauen möchten. Ich glaube, es liegt auch im Interesse der deutschen Landwirtschaft, daß der Rotweingebau nicht zu Grunde geht. Die mißliche Lage desselben ist einmal zurückzuführen auf die Italien gewährte Zollbegünstigung und dann auf die Erlaubnis des Verschnitts von einheimischen mit ausländischen Weinen. Der Verschnitt würde ja, wie schon mein Freund Schüller sagte, an und für sich nicht soviel schaden, namentlich den besseren Sorten, wenn nicht die Verschnittweine den Namen und das Renommee unserer braven Winzer usurpierten. Diesem Unfug müssen wir steuern. Mit Befriedigung habe ich deshalb gehört, daß die Zollbegünstigung des italienischen Weines aufhören soll. Ausreichende Hilfe kann aber nur gewährt werden, wenn die Kontrolle verschärft und wenigstens ein Deklarationszwang eingeführt wird, wenn man nicht lieber den Verschnitt überhaupt verbieten will. Dann wären auch die Reblenteure in Norddeutschland, die jetzt den Affenthaler nur auf der Weinkarte stehen haben, in der Lage, wirkliches

Affenthaler Gewächs zu erhalten. Es ist nun die Rede gewesen, von der Gründung einer Winzergenossenschaft. Eine solche würde zweifellos gute Erfolge haben, aber zu viele Erfolge darf man von ihr nicht erwarten. Auch eine Winzergenossenschaft ist gegenüber dem Verschnittwesen in derselben Lage wie der einzelne Winzer selbst. Ein hoher Wert bei der Bekämpfung des Weinderchnittwesens liegt in dem Ausbau der Kontrolle. Ich möchte wünschen, daß die Großh. Regierung die Einführung einer Buchkontrolle noch mehr ins Auge faßt. Ein Vorgehen der badischen Regierung allein genügt freilich nicht; dazu wäre vielmehr nötig, daß auch das Gewissen anderer Regierungen etwas geschärft wird. Wir haben gehört, wie sehr das Schmierwesen in der Pfalz getrieben wird. Bisher ist dort Wein auch im Keller gewachsen, wenn unser Herrgott keinen hat wachsen lassen. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß die Großh. Regierung dafür Sorge trägt, daß hier von Reichswegen etwas geschieht und auch im Weinbau die Grundsätze von Redlichkeit und Treue zur Geltung gelangen.

In der Ebene meines Wahlbezirks wird viel Tabak gebaut. Auch in dieser Hinsicht ist die Lage der Landwirte gegenüber früher infolge der Konkurrenz des ausländischen Tabaks schlechter geworden. Leider ist die Hoffnung auf Zollherabsetzung nicht erfüllt worden. Die Landwirte werden dem gegenüber künftig noch mehr Wert auf den Qualitätsbau legen müssen. Ich begrüße es, daß auch die Großh. Regierung durch billige Beschaffung guter Sämereien diese Bestrebungen gefördert hat, und ich möchte bitten, diesen Bestrebungen auch in Zukunft die unausgesetzte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

In gleicher Weise hat der frühere Absatz von Kraut durch die Konkurrenz des württembergischen Silberkrauts in meinem Bezirk gelitten. Abhilfe kann hier nur durch den Uebergang zum Bau von Silberkraut geschaffen werden; ich möchte die Großh. Regierung bitten, auch hier durch Beschaffung von Sämereien und durch Belehrung unterstützend einzugreifen.

In der Frage des landwirtschaftlichen Bildungswesens stehe ich auf dem Boden der Vorredner. Auf das Kapitel der Buchführung muß besonderer Wert gelegt werden, denn durch eine mangelhafte Buchführung gehen der Landwirtschaft Jahr für Jahr Hunderttausende verloren.

Ich bedaure, daß es noch nicht möglich war, in diesem Budget eine Anstalt aufzunehmen für die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg. Aus dem Budget ergibt sich ja, wie sehr diese nützliche und notwendige Anstalt benötigt wird. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, entweder in einem Nachtrag zu diesem Budget oder aber jedenfalls im nächsten Budget die Anstalt aufzunehmen.

Abg. Neuwirth: Ein Einblick in das Budget für Landwirtschaft zeigt uns, daß die Großh. Regierung die Landwirtschaft in wohlwollender Weise entgegenkommt und reichliche Mittel für das Aufkommen derselben spendet. Unsere Landwirte, das will ich gleich von vorn herein sagen, sollen nicht dazu erzogen werden, wie wir gar häufig von anderer Seite vorgeworfen wird, daß sie sich in ihren Betrieben auf Staatshilfe verlassen sollen. Im Gegenteil, sie dürfen nicht müßig die Hände in den Schoß legen, sie müssen rührig Umschau halten in ihrem eigenen Betrieb, ob sie denselben nicht verbessern und ob sie ihren Betrieb nicht noch lohnender gestalten können. Dazu bietet unsere Großh. Regierung das müssen wir dankbar anerkennen, die Hand, sie Mittel und zeigt Wege; es liegt leider auch vielfach



Vauternstand, daß er nicht zugreift und seinen Betrieb zu verbessern sucht.

Daß die niedrigen Körnerpreise nicht mehr in lohnenden Verhältnissen stehen, das haben meine Vorredner schon zur Genüge in ihren Vergleichen bewiesen und ich will mich darüber auch nicht mehr weiter verbreiten. Einen Schutzzoll gegenüber den ausländischen Getreidemassen zu verlangen, ist, darüber, läßt sich ja kaum mehr streiten, ein absolutes Bedürfnis, wenn die Landwirtschaft nicht zugrunde gehen soll. Es ist nach meiner Ansicht unser gutes Recht, dafür einzutreten und auch Pflicht der Großh. Regierung, der Landwirtschaft unter die Arme zu greifen.

Unsere Statistiker suchen nachzuweisen, daß ein Schutzzoll nur den größeren Landwirten zugute komme und der kleine Landwirt keine Körner verkaufe, ja unter Umständen noch Brotfrüchte kaufen müsse. Wissen die Herren Statistiker denn nicht, welche Unmassen von Handelsartikeln, Tabak, Zuckerrüben, Zichorie, Kartoffeln usw. gerade von diesen kleineren Landwirten, welche über genügend Arbeitskräfte verfügen, gebaut werden? Wenn dieser Bau einigermaßen noch lohnt, gebe ich ja zu, daß der Körnerbau bei diesen Landwirten infolge seiner Unrentabilität möglichst eingeschränkt wird, und da kann es vorkommen, daß so ein Kleinbauer infolge dieser Bauart noch Brodfrucht zukaufte. Wie sind nun aber die Verhältnisse in den letzten Jahren geworden? Die niederen Körnerpreise haben zur Folge, daß auch der größere Landwirt zu dem Bau von Handelsartikeln greifen muß. Das Resultat ist Ueberproduktion in allen Zweigen der Handelsartikel und demgemäß niedere Preise. Der Tabakpreis steht heute im Durchschnitt 5—8 M. niedriger als vor zehn Jahren, Zuckerrüben um 20 bis 30 Pf. niedriger als früher. Der Preis für Zichorie ist heute eine Mark, wo früher ein Gulden bezahlt worden ist. Bei solchen Zuständen möchte ich doch fragen: sind das Verhältnisse, die mit den jetzigen hohen Arbeitslöhnen und Betriebsausgaben im Einklang stehen? Gewiß nicht.

Wie gern würde der Bauer wieder zu dem Körnerbau zurückkehren, wenn er auch nur einigermaßen lohnenden Verdienst dabei zu finden wüßte. Das zehn- und zwanzigfache Quantum könnte produziert werden bei lohnenden Preisen. Sie sehen, wie diese niederen Körnerpreise einschneidend rückwirken auf alle Zweige der Landwirtschaft. Unsere gedrückte Lage wird ja allseits anerkannt, wir haben so viele Doktoren und Ratgeber, zum Teil manchmal, das muß ich zugeben, recht praktische Rat schläge, aber auch manchmal wieder Ideen von Theoretikern, daß man davon laufen möchte. (Weiterkeit.) Da ruft uns einer: die hohen Fruchtpreise muß Dir aus dem Kopfe schlagen, Bauer, die müssen noch niedriger werden, treibe Viehzucht, das ist noch ein rentables Gebiet. Ich gebe ja zu, daß hier noch bei rationeller Zucht und guter Fütterung mehr zu erzielen ist, aber die Kuh, sie bringt, ich denke, das werden vielleicht auch alle Theoretiker wissen, im günstigsten Fall im Jahr ein Kalb. Bei aufmerksamer Aufzucht kann noch manches verbessert werden, und zur rationellen Viehzucht gehört unbedingt der Körnerbau.

Die geringe Nachfrage nach unseren Körnerprodukten, die niederen Preise, welche nicht mehr im lohnenden Verhältnis stehen, veranlassen uns, alles anzubieten, um den Körnerbau, namentlich bei unseren Kleinbauern, zu erhalten; wir wissen ja alle, er ist unbedingt nötig, wenn die Viehzucht mit Erfolg betrieben werden soll. Gerade in gegenwärtiger Zeit ist die Nachfrage nach unseren

Körnerfrüchten, hauptsächlich Spelz oder Gerste, eine so geringe, daß der kleine Bauer, welcher auf das Absetzen angewiesen ist, oft zu den niedrigsten Preisen verkauft.

Es ist ja Tatsache, wenn schon von verschiedenen Rednern hervorgehoben worden ist, daß das schlechte Erntewetter hauptsächlich dazu beigetragen hat, daß die Qualitäten unserer Körner, namentlich Gerste, sehr verschieden sind und die Preise demnach angelegt werden. Auch ich halte meinerseits Absatzgenossenschaften für ein dringendes Bedürfnis für unsere Kleinbauern und kann nur beglücken, daß unsere Großh. Regierung diesen Unternehmungen die Hand reicht und nicht nur mit Rat und Tat unterstützt, sondern auch bedeutende Geldmittel zur Verfügung stellt.

Ein Blick in den Geschäftsgang dieser Unternehmungen zeigt uns, daß wir Absatzgenossenschaften haben, welche vorzüglich prosperieren, und solche, welche ihren Zweck, den sie zu verfolgen suchen, kaum erreichen. Zweifellos liegt es in erster Reihe an der richtigen Verwaltung und am festen Zusammenschluß seitens unserer Landwirte. Unsere Landwirte müssen darauf hingewiesen werden, ihre Ware nach Qualität gut zu sortieren und marktfähig zur Ablieferung zu bringen. Hierüber will ich mich nicht verbreiten, Sie kennen ja alle diese Mißstände, welche sich bei unseren Landwirten, namentlich den kleinen, eingeschlichen haben; sie sortieren eben nicht und werfen ihre Qualitäten zusammen. Da ist es dann kein Wunder, daß keine richtigen Marktpreise erzielt werden.

Was mich eigentlich veranlaßt hat, das Wort zu ergreifen, ist ein anderer Grund. Ein Blick in den Annoncenteil des landwirtschaftlichen Wochenblattes zeigt uns in jedem Frühjahr Anpreisungen von allen möglichen neuen Sorten Weizen, Spelz und hauptsächlich Gerste; auch unsere Landwirtschaftslehrer machen in ihren Vorträgen Propaganda für diese oder jene Sorten. Die Folge davon ist, daß unsere Kleinbauern zum Teil für diese neuen Sorten zugänglich sind, und wir finden, wenigstens in meiner Gegend, im kleinsten Dorf oft vier bis fünf Sorten nur in Gerste, welche gebaut werden. Jede Sorte hat ja für sich nicht nur im Ertrag, auch in der Fabrikation und im Verbrauch etwas eigenartiges. So wächst z. B. die nördliche Frühgerste beim Vormälzen am frühesten, während andere Sorten wieder später keimen. Der Großbrauer muß, wenn er seine Ware richtig ausnützen will, den größten Wert darauf legen, daß die Gerste gleichmäßig wächst; hat er einen Mischmasch in Sorten gekauft, so hat er zu gewärtigen, daß der eine Teil am zweiten, der andere am dritten und der andere am vierten Tag kommt. Dies hat zur Folge, daß solche Ware vonseiten des Großbrauers nicht ausgenützt werden kann und ein beträchtlicher Teil des gekauften Quantums verloren geht. Ein kleinerer Brauer weiß sich eher dadurch zu helfen, daß er jedes kleine Quantum besonders behandelt. Aber die kleinen Brauer sind, wie wir alle wissen, auf dem Aussterbeetat. Wir dürfen uns aus diesem Grunde nicht wundern, wenn sich der Großbrauer bei seinen Einkäufen an große leistungsfähige Gutsverwaltungen, leider sehr häufig an das Ausland wendet, weil er überzeugt ist, daß er dort eine gleichmäßige Ware bekommt. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß unsere Gerste, was Qualität anbelangt, hinter der ausländischen in keiner Weise zurücksteht, und wenn unsere Absatzgenossenschaften in der Lage sind, gleiche Sorten in größerem Quantum zu liefern, so werden sie die gleichen Preise, wie solche für ausländische Gerste gezahlt werden, erzielen.

Es ist deshalb unbedingt erforderlich, daß man schon bei Gründung von Absatzgenossenschaften darauf hinzu-



weisen sucht, daß sich die Genossenschaftsmitglieder dahin einigen, nur bewährte Getreidesorten auf ihren Gemarkungen zu bauen, daß nicht jeder nach seinem eigenen Kopf und seiner Liebhaberei wirtschaften darf. Dies wird lediglich dazu beitragen, daß unsere Abzuggenossenschaften besser prosperieren als dies bisher der Fall war.

Auf dem Gebiet der Viehzucht ist vieles geschehen seitens der Groß-Regierung, was zur Verbesserung und zur Hebung derselben beigetragen hat. Die Einföhrung und Züchtung der Simmentaler Rasse hat sich auch in unterbadischen Zuchtgenossenschaften gut bewährt. Was ich lobend anerkennen muß, das ist, daß man bei dem Prämienverfahren seitens der Kommissionen auch das Arbeitsvieh berücksichtigt, und dadurch der kleine Mann, welcher mit seinem Vieh arbeiten muß, auch in die Lage kommt, durch Vorföhrung von gutem Arbeitsvieh Staatsprämien zu erhalten. Ein großer Mangel bei den Zuchtgenossenschaften ist die Viehweide. Luft und Licht, das sind ja auch die Grundbedingungen einer gedeihlichen Viehzucht. Die Beschaffung solcher Weiden ist aber mit großen Kosten verbunden. Gerade die unterbadischen Zuchtgenossenschaften sind schon seit einer Reihe von Jahren in Unterhandlung mit der Stadtgemeinde Rosbach, welche ein sehr geeignetes Gelände hierzu besitzt. Die Unterhandlungen scheitern leider immer an dem Kardinalpunkte, dem allzu hohen Geldaufwand. Hier sollte die Regierung offene Hände haben und mit Geldmitteln unterstützen. Bei der Züchtung von männlichem Zuchtmaterial ist eine Weide unbedingtes Bedürfnis.

Die Einrichtung von Stammzuchtstationen ist sehr kostspielig, und ich muß sagen, ich verspreche mir nicht viel davon, es wäre gewiß zweckmäßiger, wenn das Geld zu Weidezwecken verwendet würde.

Ein wichtiger Zweig unseres landwirtschaftlichen Betriebes sind in meiner Gegend die Handelsartikel. Leider gehen die Preise auch hierfür infolge der niederen Körnerpreise von Jahr zu Jahr zurück. Der Einfuhrzoll des ausländischen Tabaks steht in keinem Verhältnis zu unserer Tabaksteuer. Heute versteuern wir den inländischen getrockneten Tabak samt Rippen und minder guter Ware mit 18 M. pro Zentner. Der ausländische Tabak kommt fermentiert und gut sortiert für die Zigarrenfabrikation fertig über die Grenze mit 40 M. Eingangszoll pro Zentner. Rechnen wir bei unserem Fabrikat die Steuer auf die zur Verwendung kommende brauchbare Ware, so stellt sich die Besteuerung gerade so hoch, wie der ausländische Tabak; das ist kein Schutz für inländische Produkte und gibt auch dem Tabakbau nach und nach den Todesstoß.

Gerade so ist es auch mit dem Zuckerrübenbau, die Aufhebung der Ausführprämien hat die Preise soweit heruntergedrückt, daß es sich kaum mehr lohnt, den Bau zu betreiben.

Noch ein Wort über den Obstbau. Hier läßt sich noch manches verbessern, wenn in richtiger Weise vorgegangen wird. Ich kann heute nur wiederholen, was ich in dieser Beziehung schon vor zwei Jahren gesagt habe. Ich habe Ihnen dort vorgeführt, wie ich Obstbau in meiner eigenen Gemeinde mit bestem Erfolg eingeföhrt habe. Seit der ausgeführten Feldbereinigung mit Weganlagen ist die Gemeinde bemüht, diese Wege in geeigneter Lage mit Obstbäumen anzupflanzen. Um gleiche Fluchten, hauptsächlich aber geeignete Sorten zu erhalten, werden auf Gemeindekosten eine größere Menge Bäume jedes Jahr angekauft und gepflanzt. Die Gemeinde übernimmt 5 Jahre lang durch einen tüchtigen Obst-

baumwart die Pflanzung dieser Bäume. Auch hier wird oft nach meiner Ansicht viel zu viel mit neuen Sorten laboriert; es werden neue Sorten angepriesen, welche sich in gewissen Gegenden sehr gut einföhren, in anderen Gegenden aber absolut nichts taugen. Hier müssen wir mehr festhalten an den alten bewährten Sorten für einzelne Gemarkungen. Ein praktischer Obstzüchter weiß, daß sich oft eine gewisse Obstsorte auf einer Markung gut bewährt, während dieselbe auf der anderen nichts taugt. Mit dem Obstbau ist es ebenso, daß wir größtenteils pflanzen, was wir nicht ernten. Unsere Vorfahren, welche uns zum größten Teil die schönen ertragsfähigen Bäume überliefert haben, haben auch nicht planlos gewirtschaftet und zum großen Teil bewährte Sorten nachgepflanzt. Dies sollte nach meiner Ansicht mehr Beachtung finden, was dadurch geschehen kann, daß man alte bewährte Sorten nachpflanzt und nicht immer mit neuen Sorten kommt.

Die Notwendigkeit der landw. Winterschule, die Haushaltungsschulen wurden von meinen Vorrednern zur Genüge erwähnt; ich will deshalb nicht mehr darauf eingehen. Ich kann nur den Ausführungen meines Kollegen Müller beistimmen, daß man mit der Gründung neuer Schulen recht bald vorgehen sollte. Meine Amtsstadt Sinsheim liegt mitten in landwirtschaftstreibender Bevölkerung und würde dort eine Schule sehr gut prosperieren. Ein großer Teil der Kinder könnte jeden Tag zu Fuß und per Bahn die Schule besuchen, und wäre dies für die umliegenden Orte eine große Wohltat.

(Medner schließt nach kurzen Ausführungen über die Vienen- und Ziegenzucht, die Wanderkurle, die Zuchtgenossenschaften und die Entziehung der staatlichen Unterstützung an das landwirtschaftliche Wochenblatt): Mit eisernem Fleiß, Fähigkeit und Sparsamkeit hängt der Bauer noch an seiner Erbseng; wir wollen ihn nicht mit Statistik abpeisen, wir wollen ihn erziehen zur Selbstständigkeit, wir wollen ihn ausbilden, daß er zugreift an dem, was ihm geboten werden kann. Ich kann Sie versichern, der Bauer legt nicht müßig die Hände in den Schoß, er ist rüchrig und tätig, und zu seinem Vorwärtskommen müssen wir ihm auch fernerhin die Hand bieten. (Beifall.)

Abg. Burtchard: Ich möchte mich für die Ratsschlüsse bedanken, die zur Abkürzung der Debatte gemacht worden sind. Ich habe die Debatte noch nicht verlängert und will jetzt auch über die Landwirtschaft einige Worte sagen. Dr. Secht behauptet in seinem Buch, nur wenige Landwirte hätten einen Nutzen vom Zoll. Dies ist ein großer Irrtum. Herr Secht hätte ein anderes Resultat erhalten, wenn er sich bei sachkundigen praktischen Landwirten erkundigt hätte. Nach der Statistik sollen nur einige große Landwirte von den Zöllen Nutzen haben. Dies mag früher richtig gewesen sein, jetzt bei der Leutenot hat sich die Sache geändert. Die kleinen Landwirte haben mehr Nutzen von den Zöllen als die mittleren und großen, weil die kleinen mit eigenen Kräften arbeiten und Handelsprodukte kaufen können. Die größeren Landwirte brauchen fremde Arbeitskräfte und müssen sich auf den Getreidebau verlegen, der bekanntlich nicht mehr rentiert. Wenn man sagt, die kleineren Landwirte hätten nicht mehr genug Güter, um etwas herauszubringen, so erwidere ich: die größeren Landwirte sind zum Verpachten gezwungen; die kleineren haben die Güter der größeren in Pacht genommen und können so einen größeren Verdienst erlangen als der Verpächter. Ich rate dem Herrn Secht, sich in Zukunft bei sachverständigen Landwirten zu erkundigen. Die Theorie steht oft mit der Praxis in Widerspruch. In der Justizdebatte habe ich gehört, daß alle darüber einig sind, man möge beim Examen der



Juristen strengere Anforderungen stellen, um mehr durchfallen zu lassen. Das ist doch wohl darauf abgesehen, um die Konkurrenz abzuhalten. Da habe ich mir sagen müssen: Schutzzoll auf allen Seiten des Hauses. (Heiterkeit.) Da will man mir verbieten, vom Schutzzoll zu reden. In dieser Beziehung hat keine Fraktion vor der andern etwas voraus. Jetzt möchte ich die Regierung bitten, doch die Landwirtschaft zu unterstützen und beim Reichstanzler dahin zu wirken, daß er sein Versprechen, bei den Handelsverträgen nicht unter die Mindestzölle herunterzugehen, ebenso einhält, wie das andere Versprechen, das er seinerzeit dem Zentrum gegeben und jetzt so pünktlich eingelöst hat. (Heiterkeit.)

Ich mache den Vorschlag, die Regierung sollte die Reden in dieser Debatte in 5 Klassen einteilen, wie das Land bei der Steuereinschätzung eingeteilt wird. In die 5. Klasse der Grundstücke kommt nur ödes und wertloses Land. Ich möchte ersuchen, bei der Einteilung der Reden die der Landwirte, auch wenn sie nicht so schön lauten, in eine der ersten Klassen einzureihen. (Heiterkeit.) Die Landwirtschaft ist ein besseres Vollwerk gegen den Umsturz, als eine noch so verstärkte Erste Kammer. Der Abg. Müller hat eine landwirtschaftliche Winterschule für Sinsheim verlangt. Ich protestiere dagegen und freue mich, daß die Regierung hierauf mit einer gründlichen Abfrage geantwortet hat. Kollege Klein hat gesagt, es würde viel unnützes Zeug auf den landwirtschaftl. Schulen gelernt, und auch dabei von einem Tauchapparat gesprochen. Da habe ich mir gesagt, jetzt ist der Stein der Weisen gefunden. Schwimmende Landwirte haben wir genug. Die Regierung würde sich das größte Verdienst erwerben um die Landwirte, wenn sie durch diesen Apparat diese vor dem sicheren Tod erretten könnte. (Beifall.)

Präsident Dr. Günner: Ich habe es nicht beanstandet, daß der Zolltarif gestreift wurde. Bei diesem Streifen muß es aber sein Bewenden haben, sonst würden wir noch viel länger mit dieser Debatte zu tun haben.

Abg. Musser: Ich stimme dem Herrn Präsidenten vollkommen bei und will auf den Zolltarif nicht eingehen. Der Abg. Burkhard hat geglaubt, über das Hechtische Buch sein Verdikt aussprechen zu können. Zur Verteidigung des Buches müßte ich auf die Materie eingehen, die wir doch links liegen lassen sollen. Wenn man dem Buch einen Vorwurf machen will, so kann es nur der sein, daß es auf einer wissenschaftlichen Grundlage ruht, daß es also einen Mangel hat, an dem mehr als eine Ausführung der Agrarschutzzölle nicht laboriert. Der Abg. Burkhard hat dann in seiner lebenswürdigen humorvollen Weise auch auf uns Juristen einen Seitenhieb geführt und uns als Schutzzöllner bezeichnet. Ich will die Frage des Freihandels und der Schutzzölle nicht näher berühren. Wir sind ja gar nicht extreme Freihändler. Ich anerkenne auch die Notwendigkeit eines Schutzzolls, aber niemals eines solchen auf notwendige Lebens- und Genussmittel. Wenn wir verlangen, daß die Juristen eine gründlichere Ausbildung haben sollen, so hat dies doch mit den Schutzzöllen nichts zu tun. Es ist mir ein besonderes Vergnügen, mich an dieser Debatte zu beteiligen, weil ich dem Vorurteil entgegenzutreten will, unter dem wir leiden, daß wir nämlich für die Landwirtschaft kein Verständnis hätten und diesen Fragen teilnamlos gegenüberständen, weil wir nicht in den Agrarschutzzöllen das Heilmittel erblickten.

Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß man auch der landwirtschaftlichen Frage nicht gerecht werden kann, wenn man sie aus dem Milieu herausnimmt, in welchem ein verständnisvolles Eindringen in die Materie

allein möglich ist. Die Staatssteuer- und Gemeindesteuerpolitik ist von eminentester Bedeutung für die Landwirtschaft und wenn man in dieser Weise die Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft reduziert, dann muß von vornherein eine gewisse Schwächung derselben eintreten. Hier scheint mir vor allem eine andere Regelung der Armenlast nötig. Es will mir scheinen, es hat keinen vernünftigen Sinn, wenn man eine Landgemeinde als unterstützende Gemeinde heranzieht, wo der zu Unterstützende ihr gar nicht bekannt ist und in gar keinem wirtschaftlichen Zusammenhang mit ihr steht. Hier ist es ein Formalismus der schlimmsten Sorte, daß man ganz mechanisch sagt, da, wo der Mann so und so lange gelebt hat, muß die Gemeinde für ihn aufkommen. Ich meine, es wird mit der Zeit dahin kommen, daß man gerade auf diesem Gebiete einen Wandel eintreten läßt.

Auch die Frage der Einquartierungslasten ist besprochen worden. Ich stimme dem bei, daß es ein Gebot der Gerechtigkeit ist, daß man diese Lasten auf den Staat übernimmt, damit nicht bestimmte Gegenden, die vermöge ihrer Lage besonders für Manöver geeignet sind, Jahr für Jahr mit den Lasten der Einquartierung gedrückt werden. Ueber die Landarbeiterfrage will ich mich nicht länger unterhalten. Ein Radikalmittel wird wohl nicht zu finden sein. Darauf müssen wir uns gefaßt machen, die Tatsache als feststehend zu erachten, daß die Zeit des unfreien Arbeitsverhältnisses unwiderbringlich vorüber ist. Mit der Mobilisierung des Grundbesitzes infolge der liberalen Grundgesetzgebung ist auch eine Mobilisierung der landwirtschaftlichen Bevölkerung eingetreten. Soweit es angängig ist — und die Verhältnisse bei uns in Süddeutschland sind besser als in Norddeutschland — muß der Schwerpunkt darauf gelegt werden, daß man eine gesunde innere Kolonisation zustande bringt und man möglichst vielen Arbeitern die Möglichkeit verschafft, selbst Grundbesitz zu erwerben, um sie so an die Scholle zu binden. Unter diesem Gesichtspunkt der Erleichterung des Grundbesitzes wird auch die Vorlage eines Gesetzentwurfes über Einführung eines Zuschlags zur Grundwertsteuer zu betrachten sein. Ich fürchte, daß man durch Erhöhung der Grundwertabgabe einen ganz rationellen und produktiv wirkenden Besitzwerb kleinerer Leute inhibiert. Ich möchte auch darauf nicht näher eingehen, daß es vielleicht an der Zeit wäre, die Frage sich anzusehen, ob wir nicht auch unsere Zivilprozessordnung in der Art ändern sollten, daß man ein unangreifbares Besitzminimum für unsere Landwirte normierte. Gerade aus sozialpolitischen Erwägungen müßte konsequent dieser Grundgedanke der Unantastbarkeit des Existenzminimums auch nach der Seite der Landwirtschaft hin ausgebildet werden.

Noch einiges. Ich habe mich gefreut über die sachgemäßen Ausführungen des Kollegen Geppert über den Obstbau und auch darüber, daß dem von einer Reihe anderer Kollegen sekundiert worden ist. Ich möchte nicht unterlassen, auch meinerseits ihm zu sekundieren. Es ist außerordentlich interessant, daß wir erfahren, daß hier ein Produktionsgebiet vor uns liegt, das noch lange nicht so bearbeitet ist, wie daselbe es verdient. Wenn man bedenkt, daß im Jahr 1902 27 Millionen Mark ins Ausland zur Beschaffung von frischem Obst gegangen sind, dann wird man zugeben, daß die inländische Landwirtschaft noch ein weites Feld der Betätigung vor sich hat, und es notwendig ist, den Landwirt darauf aufmerksam zu machen. Ich billige deshalb die Forderung des Kollegen Geppert, daß man auf eine weitere Belehrung unserer Bevölkerung Wert legen, insbesondere die Stelle eines weiteren Landwirtschaftslehrers als Obstbaulehrer schaffen soll. Dies ließe sich ja in der Art machen, daß der Lehrer in



Bühl seinen Wohnsitz nimmt und dort gleichzeitig die Leitung der Zentralabfahstelle übernimmt. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß auch Amerika bereits auf diesem Gebiet uns zu überflügeln begonnen hat. Der amerikanische Apfel hat bereits auf unsern Inlandmärkten eine sichere Stellung sich errungen. Wenn man hier nicht rechtzeitig Vorkehrung trifft, dann wird man riskieren müssen, daß man zu Maßregeln greifen muß, die nötig sind, wenn, wie der Bauer sagt, die Kuh bereits aus dem Stall ist. Es ist nötig, daß man die Leute belehrt und ihnen insbesondere sagt, daß sie nicht den Anspruch haben, auf einer Betriebsmethode zu verharren, auf der bereits ihre Vorfahren verharren sind. Es ist vielmehr eine Pflicht aller derjenigen, die die Interessen der Landwirtschaft ernst nehmen, dafür zu sorgen, daß die Leute, soweit es möglich ist, sich in die neuen Verhältnisse einleben. Die Konjunkturen haben sich eben gegen früher verändert, wir stehen in einer Weltwirtschaft und kommen immer mehr in eine solche herein. Es ist sehr leicht, darüber zu jammern, aber die Gesetze des wirtschaftlichen Lebens lassen sich von uns nicht beherrschen, sie beherrschen uns, und jeder wird zermalmt, der sich dagegen auflehnen will.

Die Agrarfrage bewegt sich auf den verschiedensten Bahnen. Die einzelnen hier in Betracht kommenden Gesichtspunkte — Heimstättenbewegung, Auerbenrecht, Rententausch, Hagel- und Viehversicherung, Auswanderungswesen u. — will ich heute nicht einmal skizzenhaft behandeln. Jedenfalls ist nicht richtig, daß sich die ganze landwirtschaftliche Frage erschöpft in der Frage des Zollschutzes. Es hat mich besonders gefreut, von dem sachverständigen Kollegen Geppert zu hören, daß es mit dem Realkredit für unsere Landwirte nicht so bestellt ist, wie wünschenswert sei. Die Verschuldungsfrage ist eine Frage von größter Wichtigkeit. Sie ist von dem hervorragenden Agrarpolitiker, unserm verstorbenen Finanzminister Buchenberger, als die Frage bezeichnet worden, in der alle Fäden des agrarischen Problems zusammenlaufen. Ich könnte weiter an Aussprüche einer Anzahl Sozialpolitiker, z. B. Professor Sehring und von Goltz erinnern, in denen auch betont ist, daß die Verschuldungsfrage im Vordergrund des Interesses stehe. Die Diagnose des Übels wird gewöhnlich in kurzen Zügen folgendermaßen gegeben: Man nimmt an, daß eine jährlich steigende Verschuldung des Grundbesitzes, wenn auch nicht allerorts im gleichen Umfange, vor sich gehe und hauptsächlich von der Besitzüberschuldung, d. h. daher rühre, daß die Güter bei dem durch Kauf, Pacht oder Erbgang sich vollziehenden Besitzwechsel überzahlt, d. h. zu Preisen übernommen werden, welche den kapitalisierten Reinertrag mehr oder weniger übersteigen. Der Gutsbesitzer stürzt sich, da die reproduktive Kraft des Bodens die Verzinsung und Tilgung der kontrahierten Schulden nicht zu bewältigen vermag, in Schulden, deren Verzinsung und Tilgungsquoten aus den Erträgen des überzahlten Grundstücks nicht oder nicht vollständig geschöpft werden können und deshalb auf dem Wege der Schuldenaufnahme bestritten werden müssen. Wie ein Schwamm überzieht so nach und nach ein Netz unproduktiver, die besten Säfte aufsaugender Besitzgrundlasten das Grundstück. Wenn nun auch der Landwirt in der Lage ist, einen Teil der Zinsen und Amortisationsquoten der Besitzkreditschuld aus den laufenden Wirtschaftseinnahmen zu bestreiten, so bleibt für den ordentlichen Betriebs- und Meliorationskredit kein Spielraum mehr übrig. Der ordentliche produktive Betriebs-, Meliorations- und Notstandskredit findet dann beim Mangel genügender Pfandwertunterlage kein beleihungswürdiges Objekt mehr vor. Die Folge ist die, daß der Bauer dem mobilen Privatkapital nachläuft und

dem Bauer in seinen verschiedenen Gestalten (wucherischer Privatkredit, wucherische Viehleihe, Güterschlächtereier) anheimfällt. So kommt er dann immer weiter hinein in die ruinöse Schuldenverstrickung. Schließlich geht er entweder durch Zwangsvollstreckung oder einen durch die Notlage aufgezwungenen freihändigen Verkauf seines Besitztums völlig verlustig oder er bleibt zwar rein äußerlich betrachtet noch Eigentümer der Scholle, in Wahrheit aber ist er es nicht mehr, vielmehr Schuldnecht des mobilen Kapitals. Der erwirtschaftete Gutsreinertrag fließt jetzt in Geldform in die Tasche der Geldverleiher.

Aus diesen Gründen bin ich der Meinung, es sollte der Frage der Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet und auf dem Wege der Gesetzgebung eine Kreditorganisation ins Leben gerufen werden für den mittleren und kleineren Grundbesitz, nicht eine Landeskreditkasse mit bürokratischer Verwaltung, sondern eine Organisation der Bauernschaft selbst. Ich bin nicht originell in diesen Fragen, sondern stütze mich auf wertvolle Vorarbeiten von Leuten der Praxis, die damit zugleich eine gründliche wissenschaftliche Durchbildung verbinden. Vergessen darf allerdings nicht werden, daß die Schule zur Hebung des Ordnungssinnes für Aufzeichnungen viel zu tun hat. Unsere Landwirte haben keine Belege, sondern verlassen sich meist auf ihr Gedächtnis, das auf ihre Nachkommen nicht übertrifft. Erst im letzten Jahre habe ich einen Fall in meiner Praxis erlebt. Eine Frau war verklagt worden mit der Behauptung, ihr verstorbenen Mann habe eine Schuld kontrahiert und einen Pfandbrief bewilligt. Der Gläubiger wollte nun sein Geld haben. Die Frau sagte mir, das Geld sei längst heimbezahlt, konnte aber weder eine Quittung noch einen Pfandbrief noch eine sonstige briefliche Äußerung, durch welche die Heimzahlung hätte bewiesen werden können, vorzeigen. Ich bedeutete der Frau, daß unter diesen Umständen nichts übrig bleibe als die Eideszuschreibung an den Kläger. Zum Glück fand sich schließlich in den Papieren des verstorbenen Ratsschreibers, der das Geld vermittelt hatte, ein Brief, in dem der Gläubiger den Empfang des Geldes anzeigt. Unsere Landwirte sollten auch unterrichtet werden darüber, was man unter Kauf, Miete u. versteht, über den Wechsel u. a. m.

Zur Befriedigung des Realkredits halte ich die Sparkassen und Hypothekenbanken bei aller Anerkennung ihrer erfolgreichen Tätigkeit nicht für ausreichend. Nun ist ja bestritten, ob überhaupt bereits eine Hypothekenverschuldung des Realbesitzes eingetreten ist. Das ist gar nicht nötig, es genügt, daß die Gefahr besteht, daß ein großer Prozentsatz unseres bäuerlichen Grundbesitzes in die ruinöse Verschuldung hineingelangt. Eine richtige Enquete hierüber fehlt bis jetzt. Die Pfandbücher geben zwar die Zahl und Größe der Pfandbriefe an, sie belegen aber nicht, wie viele dieser Einträge tatsächlich getilgt und nur noch nicht im Pfandbuch gelöscht sind.

Man weiß, auch daß der Rückgang der Vollstreckungsziffer nicht beweist, daß es den Landwirten besser geht. Viele Gläubiger unterlassen die Exekution, weil sie glauben, daß nicht einmal genug Mittel zur Deckung der Verzinsungskosten vorhanden sind. Es besteht die Gefahr einer zunehmenden Schuldenverstrickung. Der Hypothekarkredit darf nicht selbst zur ruinösen Ueberverschuldung führen. Die Tilgungsart und das Tilgungstempo müssen verschieden sein. Der Kredit für die Beschaffung der laufenden Bedürfnisse (Saat und Dünger) muß normaler Weise aus den Betriebsergebnissen herausgewirtschaftet werden. Hier ist die Amortisation rascher möglich, als bei dem Kredit, der zur Meliorierung des Grundstücks aufgenommen wird. Dort, geht die Amortisation lang-



famer. Wichtig ist, daß man den Betrieb der Landwirtschaft nicht ohne weiteres schematisch auf die gleiche Stufe mit dem Gewerbebetrieb stellt. Das Betriebskapital setzt sich bei dem landwirtschaftlichen Betrieb nur einmal im Jahr um. Der Landwirt ist vielmehr von Witterung, Hagelschlag usw. abhängig, die Unsicherheit des Produktionserfolgs ist bei ihm viel größer als beim Gewerbe. Deshalb glaube ich mit Schäßle, dessen Buch über die Inkorporation des Hypothekarkredits von unserm verstorbenen Finanzminister Buchenberger als unerreicht bezeichnet wurde, daß die Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebs und die Verschiedenheit des Kredits eine verschiedene Behandlung erfordern. Vor allem muß auf unkündbaren Kredit hingewirkt werden. Der Anreiz, bei steigendem Zinsfuß Kapitalrückstellungen vorzunehmen, kann für die Landwirte bedenklich werden. Neben der Unkündbarkeit ist Amortisation notwendig. Für den Schuldner ist es von größtem Wert, daß er gezwungen wird, auf Herauswirkung der Amortisationsquoten hinzuwirken und sich vor unproduktiven Besitz-erweiterungen zu hüten. Es ist ein notwendiges Requisite des Fortschritts, wenn die Landwirte eine stetige Lösung aus der Schuldbürdung anstreben und allmählich wirtschaftliche Selbständigkeit zu erreichen suchen. Hierzu reichen aber unsere Sparkassen und Hypothekenbanken nicht aus. Die von mir ins Auge gefaßten Kreditorganisationen hätten noch ganz andere Aufgaben zu bewältigen. Die Sparkassen werden von spekulativen Erwerbsrückfichten geleitet. Sie sind nicht in der Lage, dem Schuldner die Vorteile eines niederen Zinsfußes zu gute kommen zu lassen. Sie können ihm auch keinen Rechtsanspruch auf Unkündbarkeit gewähren, da sie selbst auf Kündigung gefaßt sein müssen. Ich möchte eine Notiz verlesen, die ich dem Buchenberger'schen Buch verdanke: Buchenberger teilt mit, daß selbst Ende der 1880er Jahre sogar für an erster Stelle eingetragene hypothekarische Darlehen von Sparkassen, Stiftungsfonds etc. noch immer  $4\frac{1}{2}$  bis 5%, selbst mehr als 5% Zins erhoben wurden, und berechnet, daß in Baden eine Herabminderung des Zinsfußes um nur  $\frac{1}{2}$ % bei einer angenommenen Hypothekenschuld von 500-600 Millionen, die dem Betrag der staatlichen Grundsteuer gleichkommende Jahresersparnis von  $2\frac{1}{2}$  Millionen Mark bedeute.

Die Landwirtschaft muß eine Organisation haben, die das Tilgungstempo regulieren kann je nach Art des Kredits. Die Hypothekenbanken sind kapitalistische, auf Erwerb und Spekulation hinausgehende Institute. Das dankenswerte Vorgehen der Rheinischen Hypothekenbank hat keine nennenswerten Folgen gehabt. Diese Anstalten sind zu wenig lokalisiert. Der Kreditfuchende will seinen Kredit in der Nähe haben. Es muß Aufgabe einer Organisation sein, die Zerstückelung des Realkredits zu heben. Heute steht der Landwirt verschiedenen Kassen gegenüber, die sich nicht darum kümmern können, ob hier nicht ein unproduktiver Kredit in Anspruch genommen wird. Das kann nur eine körperschaftliche Organisation von Standesgenossen. Schäßle sagt, wir wollen alle Errungenschaften des liberalen Agrarrechts aufrecht erhalten, wir wollen keinen Kommunismus, aber ein solidares Zusammenstreben der Landwirte, um da einzugreifen, wo noch keine Selbstschulung vorhanden ist. Den Landwirten muß das Verständnis dafür beigebracht werden, daß der genossenschaftliche Zusammenschluß notwendig ist. Man darf kein Bedenken tragen, ein Stück vom Kopf des Manchestertums abzuschneiden. Der Staat soll eine Organisation und Normativbestimmungen schaffen und die Oberaufsicht führen, die Verwaltung muß aber den Landwirten verbleiben. Dann ist die Möglichkeit gegeben, die Darlehen zum Selbstkostenpreis zu gewähren.

Die Möglichkeit der Individualisierung ist vorhanden, die Amortisation kann beweglich gemacht werden, Schlen-drian und unproduktive Besitzüberschuldungen sind vermieden.

Hier ist kein Gebiet, das nur der Theorie angehört. Hier ist Realpolitik, Rechnen mit gegebenen Größen, wobei das Ziel nicht außer acht gelassen zu werden braucht. Natürlich müßte eine Beleihungsgrenze festgesetzt werden. Die bauerlichen Sachverständigen werden wissen, wie weit gegangen werden kann.

In direkter Anlehnung an Schäßle habe ich i. Z. im badischen Landtag gesagt, was ich zusammenfassend nun auch hier als notwendig bezeichnen möchte: Wir brauchen eine förmliche Organisation des mittleren und kleinen Grundbesitzes, welche imstande ist, die unwirtschaftliche Uberschuldung zu verhüten, welche durch solidares Dazwischentreten der Grundbesitzer selbst die Gefahren der Krisen und Notstände und die mit diesen verbundenen Notkaufs- und Notverkaufspreise beseitigt, den bewuchernden Privatkredit, die wucherische Viehleihe und Güterschlächtereie ausschließt, zugleich die Möglichkeit gewährt, daß der korporativ zusammengesetzte Grundbesitzerstand denjenigen Genossen, welche sich nicht zu behaupten vermögen, die Grundstücke zu einem dem Reinertragswert sich nähernden Preise auf Wiederzurückgabe im Falle der Erholung des Genossen abnimmt und welche jedem Genossen unter bestimmten statutarischen Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf Gewährung des korporativen Realkredits nach Maßgabe der für die Beleihung aufzustellenden Vorschriften verschafft. In jedem Falle ist zu verlangen, daß, ohne die Freiheit des Güterverkehrs und die Freiteilbarkeit der Güter anzutasten, geschaffen werde: eine durch die staatliche Gesetzgebung ins Leben zu rufende, aber nicht durch die staatlichen, sondern durch die körperschaftsorgane geleitete Organisation des Kreditwesens für den mittleren und kleinen Grundbesitz zu dem schon vorhin angegebenen Zweck. Eine körperschaftliche oder genossenschaftliche Bankorganisation, welche auf den Grundsätzen der Gemeinwirtschaftlichkeit aufgebaut, d. h. von spekulativen, auf Gewinn abzielenden Erwerbsrückfichten völlig frei ist; eine dezentralisierte Hypothekarkreditorganisation mit lokalem Aufbau — die Kreditbedürftigen müssen das Kreditinstitut leicht erreichen können —, eine bankmäßige Betriebsführung, welche die sofortige Wiederanlage auch der kleinsten Amortisationsraten ermöglicht; strenge Regelung der Gütereinschätzung nach dem Reinertragswertprinzip, statutarische Feststellung der Beleihungsgrenze, Regelung der Tilgung und Verzinsung der Schulden; regelmäßige Unauflösbarkeit derselben von seiten des Darlehengebers; als Regel: Amortisationszwang. Berücksichtigung der besonderen Arten und Verwendungsweisen des Kredits und des Unterschiedes zwischen landwirtschaftlichem und gewerblichem Betriebskredit; Sicherstellung aller Arten des ländlichen Kreditbedarfs, deshalb Beschränkung des Anlage-, wenigstens des Besizerwerbungs-kredits auf einen bestimmten Betrag des Beleihungswertes, damit der nötige Spielraum für den dem Bauer unentbehrlichen Betriebs-, Meliorations- und Notstandskredit übrig bleibt; niedriger Zinsfuß für die kreditierten Beträge, nicht höher als nötig ist zur Tilgung der Pfandbriefschulden der Organisation, zur Deckung der Verwaltungskosten und Ansammlung eines kleinen Reservefonds; Rechtsanspruch der Mitglieder der Organisation auf Kredit bei Vorhandensein der statutarisch festzustellenden Voraussetzungen und innerhalb der ebenfalls statutarisch zu normierenden Grenzen.

Wir sehen, daß sich die Mitwirkung des Staates im Wesentlichen darauf beschränkt, durch eine gesetzgeberische



Aktion die korporativen Verbände ins Leben zu rufen, die erforderlichen Normativbestimmungen aufzustellen und — soweit notwendig — die Kontrolle über die Einhaltung der gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen von Seiten der Korporationsorgane auszuüben. Wäre der genossenschaftliche Geist, die Einsicht in den hohen sittlichen und wirtschaftlichen Wert genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Einzelinteressenten, das Verständnis für die Machtentfaltung, welche den in der Isoliertheit wirtschaftlicher Einzelleistungen schwachen Gliedern durch Vereinigung in Korporationen möglich wird, weit genug verbreitet, und fehlte es nicht den meisten Landwirten an dem erforderlichen Geschick und der notwendigen Energie zur Selbstinangriffnahme der korporativen und genossenschaftlichen Verbandsbildungen, dann, aber auch nur dann, könnte der Staat dem wirtschaftlichen Selbstentwicklungsprozeß als wohlwollender Beobachter und Berater zuschauen und den in jenem tätigen Faktoren die vollständige Durchführung desselben überlassen. In einem solchen Falle würden ja auf dem Wege privaten Vorgehens auch die öffentlichrechtlichen Interessen ihre Rechnung finden, welche der Staat als solcher an der Erhaltung und gesunden Vermehrung eines selbständigen mittleren und kleinen Bauernstandes hat. Solange aber die erwähnten Voraussetzungen fehlen, wird man zwar mit allem Recht und Nachdruck deren Gewinnung in den Bereich der erstrengwertigen Ziele volkerzieherischer Tätigkeit aufnehmen, allein eine Politik, welche praktische Erfolge erzielen und mit ihrer Aktion rechtzeitig eingreifen will, muß den oben gerügten Mangel an genossenschaftlicher Schulung und den damit Hand in Hand gehenden Ueberfluß an untätigem Phlegma großer bäuerlicher Kreise als eine leider bestehende und so rasch nicht aus der Welt zu schaffende Tatsache ansehen und hiernach dann ihre positiven Maßnahmen einrichten.

Wir Demokraten sind nicht die Leute, die jede Intervention des Staates zurückweisen. Wir haben schon früher den größten Wert darauf gelegt, daß in gewissen Grenzen der Staat interveniert und zwar auf dem Wege der Gesetzgebung und im Wege der Beispruchsleistung. Ich möchte insbesondere bitten, daß zur Hebung des Obstbaues ein größerer Posten eingestellt wird als bisher gesehen. Wenn wir auf diesem Wege der zunehmenden Realcreditverschuldung entgegenwirken, dann handeln wir im Interesse eines Standes, der auf Berücksichtigung seitens des Staates einen hervorragenden Anspruch hat, wir lösen damit aber auch zugleich eine nationale Aufgabe.

Abg. Pfeffers: Als Vertreter eines Bezirkes, in welchem die verschiedenen Zweige der Landwirtschaft in hervorragender Weise zur Geltung kommen, bin ich veranlaßt, zu den verschiedenen Budgetpositionen und zu den bisherigen Erörterungen Stellung zu nehmen. Dabei will ich aber auf die Lage des Mählengewerbes und auf den Oberrheinanal nicht eingehen, da sich hierfür noch besondere Gelegenheit bieten wird. Wenn man die Verhandlungen dieses Hohen Hauses über die Landwirtschaft anfangs der letzten Jahrzehnte mit den jetzigen vergleicht, so darf konstatiert werden, daß, wenn auch jetzt die Lage der Landwirtschaft immer noch als eine schwierige bezeichnet werden muß, doch jener stereotype Ausdruck von der „notleidenden Landwirtschaft“ nur noch vereinzelt ertönt. Nach meinen Wahrnehmungen hängt dies teilweise damit zusammen, daß einerseits die Landwirtschaft sich nach und nach in die durch den Weltmarkt bedingten Verhältnisse hineingewöhnt, sich denselben anpaßt und daß andererseits von den ihr in reichlichem Maße dargebotenen sogenannten kleinen Mitteln der Staats- und Selbsthilfe ausgiebig Gebrauch gemacht wird. Dies ist als ein erfreulicher Fortschritt zu bezeichnen.

Dabei darf aber nicht verkannt werden, daß sich den einzelnen Zweigen der Landwirtschaft immer wieder neue Schwierigkeiten in den Weg stellen, die teils mit mehr, teils mit weniger großer Energie und Ausdauer überwunden werden müssen. Mit Recht hat der Abg. Schüler auf die Schwierigkeiten, die sich dem Weinbau entgegenstellen, hingewiesen. Während einerseits die verschiedenen Rebskrankheiten den Winzern außerordentlich große Kosten und Mühen zu deren Bekämpfung aufbürden, geht die Nachfrage nach besseren Weinen, den sogenannten Qualitätsweinen, mehr und mehr zurück und ist dies um so bedauerlicher, als früher gerade hierin das Lohnende für den Winzer gelegen hat. Wenn das neue Weingesetz, was anerkannt werden soll, die gewerbmäßige Herstellung von Kunstwein vollständig verboten hat und damit insbesondere die Herstellung von Felsen- und Tresterweinen, welche dem Naturwein die meiste Konkurrenz gemacht haben, unmöglich gemacht hat, so ist aber eine Besserung doch nicht genügend in Erscheinung getreten. Ob hierin eine Nachwirkung der Uebergangsbestimmungen des neuen Weingesetzes, nach welchem Kunstwein, welcher vor der Erlassung des Gesetzes schon hergestellt worden ist, noch bis zum 1. Oktober 1903 in Verwendung kommen durfte, vorliegt, ist schwer zu sagen. Von anderer Seite wurde daher zur Erlangung besserer Verhältnisse auf die richtige Anwendung der Kellertontrolle hingewiesen. Hier stimme ich mit dem Abg. Geppert überein, daß eine solche Kontrolle nur den richtigen Effekt erzielt, wenn solche im ganzen Reich einheitlich geregelt sein würde. Bekanntlich wollte seinerzeit die Großh. Regierung anlässlich der Erlassung des Kunstweingesetzes in § 13 ihrer Vorlage eine solche Kellertontrolle für alle badischen Weinhandlungen einführen; damals hat sich aber das Hohe Haus in seiner Mehrheit gegen eine solche Maßregel ausgesprochen, da solche als badische Gesetzesbestimmung unseren einheimischen Weinhandel einseitig beschwert und gegenüber der ausländischen Konkurrenz diskreditiert hätte. Wenn nun das neue Reichsweingesetz die allgemeine Kellertontrolle vorsieht, ist eine ganz andere Sachlage geschaffen, und es ist die Kellertontrolle in diesem Fall nur zu begrüßen. Eine wirksame Kontrolle wird aber nach meinem Dafürhalten nur dann erreicht werden, wenn die Einführung der reichsgesetzlichen einheitlichen Beaufsichtigung durchgeführt wird. Andernfalls wird sich die unregelmäßige Weinbehandlung da breit machen, wo minder strenge Aufsicht stattfindet, und der Zweck des Gesetzes ist verfehlt! Ob aber ein amtliches Aufsicht über Zu- und Abgang der Weine eingeführt werden kann, bleibt hier fraglich; es wäre in Baden zwar, wo wir die Weinsteuer haben, ein leichtes, weniger leicht dagegen in andern deutschen Ländern. Auf jeden Fall wäre es das sicherste Mittel zur Erkennung der ungesunden Weinfabrikation. Ich hoffe nur, daß Wege gefunden werden, ohne den realen Weinhandel zu schädigen.

Wie die Wirkung des Verschnittes von Rot- mit Weißwein in unliebsame Erscheinung tritt, ist einem Artike der „Straßburger Post“ vom letzten Monat zu entnehmen. Darnach hat die Weinbauaktion Kolmar des oberelsässischen Garten- und Weinbauvereins eine Eingabe an das Ministerium, den Reichstag und an den Landesauschuß gerichtet und darin unter anderem ausgeführt, daß die eingeführte Traubenmaische weniger zum Verschnitt, als zur Weinfabrikation verwendet werde. Dabei sei die Zollverwaltung anscheinend in großem Maßstabe hintergangen worden. Es seien nämlich in den Monaten November und Dezember noch größere Sendungen Traubenmaische zum niedrigen Zollfuß von 4 Mark die 100 Kilogramm zur Einfuhr gelangt, während doch bekanntlich in den in Betracht kommenden südlichen Exportländern die Weinlese



schon Mitte bis Ende September ihren Abschluß findet. Ohne Zweifel kamen größere Mengen vergorener Weine, in welche Kämme und Beeren geworfen wurden, als Maische zur Einfuhr und der Fiskus wurde durch solche Manipulationen zu Gunsten des Empfängers und des Weinhändlers irreführt. In Anbetracht dieser groben Mißstände, welche den Ruin unseres Winzerstandes bei längerem Fortbestehen sicher herbeiführen würden, hat die am Sonntag, den 7. Februar dieses Jahres von 130 Mitgliedern besuchte Generalversammlung der Weinbau-Inspektion einstimmig folgende Resolution gefaßt: „1. Die maßgebenden Faktoren sollen erachtet werden, für einen recht wirksamen Schutz des einheimischen Weinbaues zu sorgen und eine erhebliche Erhöhung des Zolles auf Traubenmaische herbeizuführen, auch dahin zu wirken, daß der Zoll auf Traubenmaische unbedingt so hoch werde, als der Zoll auf Wein und zwar wenigstens 24 Mark für den Doppelzentner. 2. Der Vorstand wird beauftragt eine bezügliche Eingabe an die Regierung, den Reichstag und an den Landesauschuß zu richten“.

Welche Erfahrungen mit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge erreicht werden, wird wohl die Zukunft lehren.

Eine wesentliche Unterstützung des Rebbaues ist in der von der Grohh. Regierung seit Jahren geübten Förderung in der Anlage von Rebschulen gelegen: ich möchte glauben, daß auf diesem Weg, da damit die öftere Erneuerung der Rebgelände Hand in Hand geht, eine größere Rentabilität des Weinbaues angebahnt wird. Denn erfahrungsmäßig sind die jüngeren Anlagen viel ertragsfähiger als die älteren Bestände. Sehr begrüßt habe ich die Absicht der Grohh. Regierung, auf der Hochburg Weinbaukurse einzuführen, da durch eine richtige Kellerkontrolle der Weinbau wesentlich gefördert werden kann und auf diesem Gebiet in den Kreisen der Winzer noch manche Lücke, die oft sehr nachteilig in die Erscheinung tritt, in dankenswerter Weise ausgefüllt wird. Auch auf dem Gebiet des Obstbaues wird durch die Einführung der beabsichtigten Obstverwertungskurse auf der Hochburg günstiges erreicht werden, wie ja auch die Einnahmekurse der Frauenvereine zur besseren Verwertung des Obstes das ihrige beitragen. Den Wunsch des Koll. Geppert, es möchte auch in Mittelbaden ein Obstbaulehrer angestellt werden, kann ich nach den in Emmendingen gemachten Erfahrungen unterstützen. Auf dem letzten Landtag habe ich bereits die Unterstützung von Gemeinden zur Anschaffung von Dörröfen in ähnlicher Weise, wie solches der Kreis Freiburg tut, angeregt. Diese Anregung entspringt der Beobachtung, daß in Baden großer Obstrenten eine Menge von Obst, das bei richtiger Behandlung volkwirtschaftlich ausgenützt werden könnte, zu Grunde geht oder doch zu einem Spottpreise verschleudert wird. Für die Konservierung des Obstes ist noch der Tätigkeit einsichtsvoller Volksfreunde ein weites Feld offen, das seiner Bearbeitung entgegensteht.

Der Abg. Weggoldt hat vorgestern ein Wort für die Bienenzucht eingelegt und gezeigt, welche namhafte Summen dem Lande durch die Förderung dieses schönen und anregenden Zweiges der Landwirtschaft erhalten bleiben können. Der Bienenzuchtverein Emmendingen mit seinem rührigen Vorstand trägt auch seinerseits zu dieser Förderung wesentlich bei und hat in dem Vereinsbienenhaus Kollmarsreuth eine Musteranlage geschaffen, die viel Anregung bietet. Leider ist im Rheintal durch den Rückgang des Kleebaues und das Eingehen der Reepsaapflanzen ein wesentlicher Verlust für die Honigernte entstanden und nur in der Nähe von Waldungen eine erprobte Bienenzucht jederzeit garantiert. Die Faulbrut-

Krankheit habe auch ich schon beobachtet. Ich möchte den Wunsch des Abg. Weggoldt, durch gezieltes Vorgehen für die Beseitigung dieser Krankheit Sorge zu tragen, unterstützen.

Mit Recht wurde von anderer Seite darauf hingewiesen, daß der Hansbau so sehr zurückgegangen ist. Auch im Bezirk Emmendingen ist er früher in sehr namhafter Weise betrieben worden; in den letzten Jahren werden, was ja auch auf der letzten Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Mannheim zum Ausdruck kam, wieder Anstrengungen gemacht, um diesen Zweig der Landwirtschaft zu heben. Der landwirtschaftliche Verein Emmendingen bemüht sich erfolgreich in dieser Hinsicht. Es ist dies um so erfreulicher, als gerade der badische Hans auch von der Marineverwaltung als ein vorzügliches Material anerkannt wird. Die Viehzucht im badischen Mittelland hat im letzten Jahrzehnt einen namhaften Aufschwung genommen. Die Bezirke Lahr und Emmendingen sind hier vorangegangen und die andern Bezirke eifern ihnen nach, mit welchem gutem Erfolg, hat der vorjährige Zuchtviehmarkt in Offenburg zur Genüge gezeigt. Auch in diesem Jahr wird ein solcher Markt des mittelbadischen Verbandes stattfinden. Auch beabsichtigt der Verband in Offenburg eine zweite Markthalle zu erstellen, da die bestehende städtische Halle zu klein ist. Die Stadt Offenburg soll ein dankenswertes Entgegenkommen für diese Unternehmen an den Tag gelegt haben; so viel mir bekannt, ist auch eine Eingabe an die Grohh. Regierung um eine namhafte Unterstützung bereits abgegangen. Ich möchte den Wunsch des mittelbadischen Zuchtverbandes auch meinerseits unterstützen und die Grohh. Regierung um einen Staatsbeitrag ersuchen.

Durch die Zuchtgenossenschaft Dreisach wird zurzeit eine neue Zuchtviehweide im Kaiserstuhl eingerichtet, was gewiß zur weiteren Förderung der Rindviehzucht in diesem Bezirk wesentlich beitragen wird. Unter Position 23 (Förderung der Schweinezucht) ist in dem Bericht der Budgetkommission unter den Orten, welche für die Errichtung einer Schweinezuchtstation vorgemerkt sind, auch Theningen aufgenommen. Ich möchte den Wünsche dieser Gemeinde, die von jeher in landwirtschaftlicher Beziehung eine sehr strebame gewesen ist, unterstützen und die Grohh. Regierung um Berücksichtigung des Gesuchs bitten.

Daß der längst angestrebten Verbesserung der Schweinefälle auf der Hochburg durch eine Anforderung im außerordentlichen Budget für einen Neubau Rechnung getragen wird, ist dankend anzuerkennen, wie überhaupt Anerkennung der Grohh. Regierung und dem Herrn Respektierten gezollt werden darf für die namhafte Fürsorge, die der Ackerbauschule Hochburg in den letzten Budgetperioden zu teil geworden ist. Wir wir vorgestern gehört haben, besteht die Absicht, auf dieser Anstalt noch die elektrische Beleuchtung einzuführen und in Verbindung damit durch Aufstellung eines Motors zugleich den jungen Landwirten Gelegenheit zu bieten, diese modernen Einrichtungen kennen zu lernen. Wenn der Abg. Müller darauf abgehoben hat, die Frequenz der Ackerbauschule könne durch Einführung eines vierjährigen Kurzes mit gleichzeitiger Möglichkeit der Erlangung des Einjährigen Scheines gehoben werden, so bin ich ihm für dieses Wohlwollen gegen die Anstalt Hochburg dankbar. Nun hat aber der Herr Regierungsvertreter darauf hingewiesen, daß die Frequenz der Anstalt damit eher gemindert würde. Ob das richtig ist, darüber will ich mir kein Urteil erlauben. Vielleicht könnte in einer Anlehnung der Anstalt an die landwirtschaftliche Winterschule derart, daß der wiederholte Besuch der ersten eine Erleichterung für den Besuch der Ackerbauschule Hochburg geben sollte, ein Mittel zur Hebung des Anstaltsbesuchs gefunden werden.



Daß die Großh. Regierung zu der Streichung der viele Jahre hindurch im ordentlichen Budget eingestellten Unterstützung für das Landwirtschaftliche Wochenblatt gekommen ist, habe auch ich recht bedauert. Der Herr Minister hat zwar vorgestern gemeint, der Verein werde dadurch selbständiger werden. Ich will das dahingestellt sein lassen. Auch wurde betont, der Verein habe noch ein Wartejahr zugebilligt bekommen; wie aber aus der Budgeterläuterung ersichtlich ist, ist die vorgesehene Summe für Aufwendungen pro 1903 berechnet, so daß wohl für den Verein bereits mit dem Jahr 1904 die Unterstützung in Wegfall kommt. Da der Druckvertrag eine halbjährliche Kündigung voraussetzt, hätte dem Verein der Wegfall der Unterstützung wohl früher bekannt gegeben werden sollen.

Schließlich habe ich mich gefreut, daß der Abg. Schüler im Hinblick auf den Vorzug der Regiejagden im Gebiete der Großh. Domänenverwaltung zur Verhütung allzu großen Wildstandes sich auf meinen Standpunkt gestellt hat, daß den Gemeinden eine gewisse Auswahl unter den Jagdpächtern gelassen werden solle. Zwar hat der Herr Minister manche Gründe für das Bestehen des derzeitigen Zustandes ins Feld geführt. Ich zweifle indes nicht daran, daß durch die Begründung der Gr. Domänenverwaltung für ihr Regiejagdsystem auch im Kreise der Gemeindeverwaltungen immer mehr die Ansicht verbreitet wird, daß auch den Gemeinden auf dem Gebiet der Gemeindejagdbegebung eine größere Selbständigkeit gelassen werden soll.

Abg. Franz: Der Abg. Neuwirth hat in seiner Rede u. a. auch angeführt, daß die Brauereien unzufrieden darüber sind, daß die Gerste, die sie auf dem Lande kaufen, nicht gleichmäßig sei. Das ist ganz richtig. Es sollte in erster Linie darauf gesehen werden, daß in einzelnen Ortschaften, ja in ganzen Gegenden eine gleichmäßige Saatgerste verwendet wird. — Dadurch wird erstens ein gleichmäßiges Korn und zweitens auch ein gleichmäßiges Wachstum der Gerste erzielt. Denn wenn zehn und mehr Sorten Saatgerste in einer Gegend angepflanzt werden, so muß auch natürlich ein verschiedenes Produkt dabei herauskommen. Die eine Gerstenorte hat ein größeres Korn, die andere ein kleineres. Das größere Korn braucht mehr Weiche als das kleinere, und dadurch gibt es schon Nachteile auf der Malztenne. Die kleineren Körner, welche mehr Weiche haben, werden rascher wachsen und dadurch schneller der Auflösung entgegengehen, während die größeren zurückbleiben, d. h. die Auflösung nicht vollständig erreichen, was dann für die Verarbeitung solchen Malzes sehr von Nachteil ist. Deshalb ist die Bierbrauerei darauf angewiesen, ein gleichmäßiges Wachstum zu erzielen, was bei diesen verschiedenen Sorten ganz ausgeschlossen ist. Glauben Sie sicher, daß die Bierbrauer lieber einheimische Gerste kaufen, wenn sie solche brauchen können. Das ist aber eben der Vorteil, den die österreichische und ungarische Gerste hat, daß solche von den großen Gütern dort bezogen werden kann, so daß man oft von einem größeren Gut 500 bis 1000 Doppelzentner bekommt und dadurch eine ganz gleichmäßige Waare hat. Das läßt sich bei uns ebenfalls erzielen, wenn die Aussaat so geschieht, wie ich sie eingangs meiner Rede erwähnt habe. Natürlich muß eben darauf gesehen werden, daß die Saatgerste so gewählt wird, wie sie für die betreffende Gegend paßt.

Dann möchte ich noch auf einen Mißstand hinweisen, den ich den landwirtschaftlichen Vereinen und hauptsächlich den Landwirtschaftslehrern ans Herz legen möchte, daß sie bei den landwirtschaftlichen Versammlungen darauf belehrend hinweisen, daß unsere Landwirte bei der Ernte

der Gerste nicht so unvorsichtig sein sollen, daß sie die Gerste in feuchtem Zustande nach Hause bringen und auf größeren Häufen in ihrer Scheuer aufbewahren. Das ist auch der Fall, wenn Klee auf diesen Gerstenfeldern gepflanzt wird. Wenn da die Garben nicht ganz trocken sind, so wird die Gerste stückig. Sie bekommt einen schlechten Geschmack und wird stockbrandig. Die Landwirte müssen die Gerste bei schlechter Witterung auf dem Felde lassen, bis sie trocken ist. Sie muß aber auf Garben gebunden und dann aufgestellt werden, und zwar so, daß die Lehren oben in der Luft sind und die Gerste mit einer Garbe als Haube vor dem Regen geschützt wird. Dann ist sie vor dem Auswachsen geschützt, und wird einen guten Geruch behalten. Wenn unsere Landwirte diese Ratschläge befolgen, dann werden sie bald sehen, wie gerne unsere Brauereien ihren Bedarf von ihnen zu angemessenen und lohnenden Preisen beziehen.

Der Abg. Müller hat auch sein Schmerzenskind, die Gerste, in seiner Rede erwähnt und geklagt, daß die Gerste ins Ausland verkauft werden müßte, weil die badischen Großbrauer dieselben nicht kaufen. Ja, der Abg. Müller sollte eben badisches Bier trinken, statt Münchner, dann wird sich der Konsum schon heben und der Verbrauch der bad. Gerste mit. (Heiterkeit.) Die Herren Agrarier sind ja keine schlechte Konsumenten. Ich habe mich schon oft selbst davon überzeugt. Es ist eben nur schade, daß sie diesen Konsum nicht den badischen Brauereien zuwenden. Der Abg. Müller hat dann noch erwähnt, daß die Brauereien den Agenten 60 Proz. mehr bezahlen für Gerste als den Landwirten. Diese Agenten sind größtenteils die Wirte, und diese wollen eben auch einen Lohn für ihre Mühe.

Auf den Zolltarif will ich mich heute nicht einlassen, aber das möchte ich doch betonen, daß es mir immer viel Freude macht, wenn ein Mann von dem körperlichen Umfang und dem blühenden Aussehen meines Freundes Müller über die Not der Landwirte in so beweglicher Weise spricht. (Große Heiterkeit.)

Der Abg. Geppert hat auch den Apfelwein als ein so ausgezeichnetes Getränk empfohlen, da er so wenig Alkohol enthalte. Ich glaube, er hat den Weinbauern seiner Gegend und denen seines Wahlkreises keinen großen Dienst erwiesen, wenn er immer wieder als Weinhändler gegen den Alkohol zu Felde zieht. Wo sollen den unsere Weinproduzenten hinkommen, wenn man ihren Wein nicht mehr trinkt? Die Abgg. Schüler und Morgenstaler haben schon Klagen vorgebracht, daß der Absatz so gering sei, daß die Bauern in kleinen Quantitäten zu 50 l ihren Wein absetzen müssen. Wenn unserm Volke auch noch der Wein genommen wird, dann werden mit der Zeit nur noch so abgemagerte Gestalten, wie z. B. die Vegetarianer sind, herumlaufen. Die Fröhlichkeit, die unser badisches Volk charakterisiert, wird bald verschwunden sein. Tacitus, der römische Geschichtschreiber, sagt schon von den alten Germanen, daß sie auf der Bärenhaut lagen und immer noch eins tranken. Die alten Deutschen waren doch auch kein entnervtes Volk trotz ihres großen Durstes. (Heiterkeit.) Auch auf der Hochzeit zu Cana ist schon Wein getrunken worden und es scheint, daß das aus Wasser Wein machen sich bei den Christen, wie in dem Volke Israel bis auf die heutige Zeit fortgepflanzt hat. Deshalb nur keine so große Angst vor dem bishen Alkohol. Sterben müssen wir ja Alle, auch die die Wasser trinken. (Heiterkeit.)

Geh. Oberregierungsrat Dr. Krems: Nur wenige Punkte geben mir Anlaß zu näherem Eingehen. Zunächst hat der Herr Abg. Sauter die Unterlassung der



Beschickung der in diesem Jahr in Danzig stattfindenden Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft durch den Verband der oberbadischen Zuchtgenossenschaften bedauert, da von dieser Beschickung die Erweiterung des Absatzgebietes nach Rußland erhofft werden dürfte.

Auch ich teile dieses Bedauern, da auch ich die Ueberzeugung hege, daß wir unsere Absatzgebiete für Zuchtvieh erweitern und dabei in erster Linie unseren Blick nach Rußland lenken müssen, welches in dieser Beziehung sehr aufnahmefähig erscheint. Wenn trotzdem der Verband vom Besuch der Ausstellung abgesehen hat, so geschah dies nicht etwa mangels ungenügender Unterstützung der Groß-Regierung, — diese hatte einen sehr ansehnlichen Beitrag in Aussicht gestellt — sondern im Hinblick auf die derzeitigen politischen Verhältnisse, insbesondere den russisch-japanischen Krieg, der einen nennenswerten Besuch der Danziger Ausstellung durch russische Züchter nicht erwarten läßt. Uebrigens ist, sobald es die Finanzlage einigermaßen zuläßt, beabsichtigt, einen größeren Betrag in das Budget einzustellen, welcher unseren Züchtern den Besuch einer der großen russischen Ausstellungen ermöglichen soll, was wohl einen größeren Erfolg erwarten läßt als die Beschickung der Danziger Ausstellung.

Wenn sodann der Herr Abg. Büchner die Mißstände auf der Stammzuchtstation Mariahof hauptsächlich darauf zurückführte, daß für diese Station keine Produkte der Zucht sondern Original-Simmentaler Tiere und diese zum Teil, trotzdem sie die Impfsprobe nicht bestanden hätten, verwendet und daß man nicht für genügende Absonderung der Stammzuchtstiere gegen Ansteckung durch Maul- und Klauenjuche gesorgt habe, so muß ich hier in Kürze zunächst den Begriff dieser Stammzuchtstationen, sowie die Ziele derselben näher erläutern.

Bei der Errichtung der staatlichen Stammzuchtstationen ging man seinerzeit von dem Gedanken aus, sich hinsichtlich der Beschaffung, insbesondere des männlichen Zuchtmaterials, mehr und mehr von der Schweiz unabhängig zu machen und wenigstens einen Teil des vielen dorthin wandernden Geldes im Lande zu behalten. Sollte man nun einen Ersatz für den Bezug von Originaltieren aus der Schweiz schaffen, so dürften diese Stammzuchtstationen auch nur mit Originaltieren, und zwar ganz hervorragender Qualität, besetzt werden, und wäre es von vornherein verfehlt gewesen, diese Stationen der Hauptsache nach auf den Produkten der Zucht aufzubauen.

Was ferner die Befürchtung betrifft, es seien Tiere auf der Station aufgestellt worden, obgleich sie bei der Impfung reagiert, so muß der Herr Abgeordnete Büchner nicht richtig informiert worden sein, da kein einziges Tier zur Aufstellung kam, was bei der vorhergegangenen Impfung reagiert hatte. Allerdings trat in manchen Fällen die Tuberkulose später auf; hieran dürften aber eben die seitens des Ministeriums beklagten Mißstände, welche sich im Betrieb der Station zeigten, und welche namentlich darin bestanden, daß seitens der Uebernehmerin der Stammzuchtstation kein genügend zuverlässiges Personal mit der Wartung der Tiere betraut wurde, zum Teil wenigstens schuld sein. Ich bemerke, daß der Betrieb der Stammzuchtstation nicht in unserer Selbstverwaltung steht, sondern den Unternehmern der betreffenden Weiden, im vorliegenden Fall dem Spital Pfullendorf gegen entsprechendes Entgelt übertragen ist.

Wenn ferner im Bezirke Pfullendorf darüber Klage geführt wird, daß die Führung der Zuchtbücher zu unständig sei, recht wohl überhaupt entbehrt werden könne oder wenigstens nur etwa von der Spitalverwaltung oder

der staatlichen Stammzuchtstation für ihre Tiere vorgenommen zu werden brauche, da ja in der Hauptsache nur solche Tiere auf die Ausstellungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gebracht zu werden pflegen, nicht aber Tiere von Einzelzüchtern, so möchte ich demgegenüber darauf hinweisen, daß die zuverlässige Führung der Herdbücher in Bezirken, welche als Zuchtgebiete gelten und als solche anerkannt sein wollen, unbedingt geboten ist, und daß in demselben Augenblick, in welchem die Zuchtbuchführung aufhört, auch der Export des Viehes als Zuchtvieh eine außerordentlich schwere Schädigung erfahren müßte, da die Käufer von Zuchtvieh auf dessen Abstammung den allergrößten Wert legen. Auch ist es durchaus unrichtig, daß die Ausstellungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft nur oder der Hauptsache nach nur vom Spital Pfullendorf in den staatlichen Stammzuchtstationen besichtigt zu werden pflegen; seitens der letzteren geschieht dies nur in Ausnahmefällen und außer dem Spital Pfullendorf stellt jeweils eine ansehnliche Zahl unserer so außerordentlich strebsamen und tüchtigen Einzelzüchter aus. Abgesehen davon sind die Genossenschaften aber auch im Hinblick auf die Bestimmungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zur Zuchtbuchführung nach deren Normen gehalten, wenn sie überhaupt zu den für den Export so wichtigen Ausstellungen fernerhin zugelassen werden wollen.

Ich würde es im Interesse unserer Zucht und deren Absatz sehr bedauern, wenn die heute gehörten Auffassungen über die Zuchtbuchführung nach außen dringen und dort den Glauben erwecken würden, als sei es einem der Hauptzuchtbezirke Oberbadens mit der Zuchtbuchführung nicht mehr Ernst.

Der Herr Abg. Büchner hat ferner die Frage der Errichtung einer Bezirksassistentenarztstelle in Markdorf besprochen und es hierbei als merkwürdig bezeichnet, daß der Gemeinderat Markdorf auf eine schon im Dezember beim Ministerium eingereichte Eingabe ohne Antwort geblieben ist. Demgegenüber möchte ich nur feststellen, daß seit dem schon im vorigen Sommer eingelaufenen bezüglichen und alsbald verbeschiedenen Gesuch bis gestern eine derartige weitere Eingabe bei dem Ministerium nicht eingelaufen ist, dagegen ist eine solche allerdings am gestrigen Tage bei uns eingetroffen.

Was nun die Gründe betrifft, welche das Ministerium seinerzeit zu einem ablehnenden Bescheid veranlaßten, so bestanden sie einestheils in der Erwägung, daß, nachdem seit kurzer Zeit ein jüngerer und den Aufgaben des Dienstes voll gewachsener Bezirksstierarzt nach Ueberlingen versetzt wurde, kein Anlaß vorliegt, einen Teil des Ueberlinger Bezirks von der Bezirksstierarztstelle Ueberlingen loszulösen, und zwar um so weniger, als im Lauf der letzten Jahre die Verkehrsverhältnisse im genannten Amtsbezirk sich infolge der neugebauten Bahnen so außerordentlich gebessert haben, und der Bezirksstierarzt von Ueberlingen in einer halben Stunde nach Markdorf gelangen kann.

Zu diesen Erwägungen tritt die weitere, daß es geboten erscheint, wenn immer möglich, die veterinärpolizeilichen Maßnahmen in der Hand des Bezirksstierarztes vereinigt zu erhalten. Auch würde durch eine solche Loslösung der Inhaber der Stelle nicht mehr genügend beschäftigt erscheinen.

Was die Marktaufischt anbelangt, so ist in Markdorf allerdings ein Tierarzt ansässig, allein nach den Bestimmungen des Reichsviehseuchengesetzes ist die Aufsicht von einem beamteten Tierarzt zu führen und können andere Tierärzte nur im Falle der Behinderung oder aus sonstigen dringenden Gründen beigezogen werden. Diese



beiden Voraussetzungen liegen aber hier nicht vor. Dagegen dürfte es sich im Falle eines Bedürfnisses recht wohl ermöglichen lassen, etwa bei Auftreten anstehender Tierkrankheiten, den Tierarzt in Markdorf gegebenenfalls zur Ausstellung von Zeugnissen, so insbesondere im Falle des § 33 der badischen Vollzugsverordnung, zu ermächtigen.

Der Herr Abg. Büchner hat es ferner bedauert, daß im Budget für Förderung des Obstbaues nur 8000 M. vorgezogen seien und hat ferner den Wunsch ausgesprochen, es möchten auch dem im Bezirk Ueberlingen neugegründeten Obstbauvereine für seine Unternehmungen, insbesondere der Uebernahme der Vermittlung des Obstabjages staatliche Unterstützungen zuteil werden.

Nun ist aber die für Förderung des Obstbaues zur Verwendung gelangende Summe viel höher als der vom Herrn Abg. Büchner bezeichnete Betrag, da die aus § 38 des Budgets entnommene Summe nur den nicht schon im übrigen Budget für Obstbau vorgesehenen Betrag darstellt. In Wirklichkeit betragen die Aufwendungen für Obstbau 20—25 000 M. und sind höher als in dem fünfmal größeren Bayern und höher als in Württemberg und überhaupt unseren Nachbarstaaten.

Wegen Vermittlung des Obstabjages möchte ich dem Ueberlinger Verein empfehlen, sich mit der für das ganze Land mit erheblicher Staatsunterstützung geschaffenen Zentralvermittlungsstelle des Badischen Landesvereins für Obstbau ins Benehmen zu setzen, wie mir überhaupt ein Anschluß an den Landesverein empfehlenswert erscheint.

Mit Bezug auf den Wunsch des Herrn Abg. Musjer, es möchte zu den Landwirtschaftslehrern noch eine Kraft gewonnen werden, welche sich lediglich der Förderung des Obstbaues durch Belehrung usw. widmet, möchte ich darauf hinweisen, daß wir bereits drei Obstbautechniker für den gewünschten Zweck besitzen und daß wir erst vor einigen Wochen eine weitere Kraft gewonnen haben, welche hierfür voraussichtlich ebenfalls verwendbar werden wird.

Außerdem wird in dankenswerter Weise seitens der Kreise durch Ausbildung und Verfügungstellung der Kreisbaumwarte für die Belehrung unserer Züchter sehr viel geleistet; ebenso geht von den Straßenwarten, welche besondere Kurse auf unserer Obstbauschule durchzumachen haben, ebenfalls ein gutes Stück Anregung in die weiten Schichten der Bevölkerung.

Zu all diesen verschiedenen Arten von Belehrung treten aber weiterhin unsere landwirtschaftlichen Winterschulen, die mit der Landwirtschaftsschule verbundene Obstbauschule Augustenberg mit ihrem jährlichen viermonatlichen Hauptkurs und seinen vielen Nebenkursen; ebenso kommt hier weiterhin die Hochburg in Betracht. Damit glaube ich nachgewiesen zu haben, daß bei uns alles geschieht, um diesen wichtigen Zweig zu fördern und ich kann wohl sagen, daß bis jetzt alles geschieht, um ernsthaft erfolgversprechende hier einschlagende Unternehmungen zu fördern und daß auch, wenn neue Aufgaben sich zeigen sollten, die Großh. Regierung ebenfalls wieder auf ihrem Platze sein wird.

Auch die Bienenzucht, deren sich der Herr Abg. Neuwirth so warm angenommen, wird in einer Reihe von Kursen auf Augustenberg und Hochburg, sowie in verschiedenen Privatkursen des Ober- und Unterlandes eifrig gefördert, wobei den Besuchern vielfach die Reisekosten

erstattet und in den staatlichen Anstalten freie Kost gewährt wird.

Der Herr Abg. Pfeifferle hat dann noch einmal die Frage des „Landwirtschaftlichen Wochenblattes“ berührt und bedauert, daß die Neugestaltung der Dinge für die landwirtschaftlichen Vereine so überraschend gekommen sei, daß sie sich nicht entsprechend einzurichten und insbesondere den bestehenden Druckvertrag zu kündigen nicht in der Lage waren. In letzter Beziehung möchte ich darauf hinweisen, daß dieser Druckvertrag erst kurz zuvor im Einverständnis und mit Zustimmung der Vereinsorgane einer Revision unterzogen worden ist und für uns keinerlei Grund zur Annahme vorlag, der Verein werde den eben erst von ihm gutgeheißenen, eine wesentliche Verbilligung der Herstellungskosten des Blattes ermöglichenden Druckvertrag kündigen. Aber auch abgesehen hiervon ist der Verein zeitig genug von der bevorstehenden Aenderung der Dinge — schon mit Erlaß vom 30. November v. J. — in Kenntnis gesetzt worden, so daß es ihm gewiß möglich war, den Voranschlag für 1903 entsprechend zu gestalten und dies um so leichter, als — und hiermit komme ich auf die Beantwortung der bezügl. Frage des Herrn Abg. Pfeifferle — die Herstellungskosten für das Blatt postnumerando zu bezahlen sind. Hiernach wird der für die Herstellungskosten des Jahrgangs 1903 erforderliche Betrag erst in diesem Jahr bezahlt und zwar noch aus den im jetzigen Budget noch einmal vorgesehenen Mitteln und es wird demgemäß der Verein erst im Jahr 1905 in die Lage kommen, für das Blatt eine Aufwendung machen zu müssen.

Ich gebe mich der Ueberzeugung hin, daß die in Frage kommende Maßnahme nicht, wie zu meinem Bedauern da und dort befürchtet wird, eine Schädigung des Vereins bedeuten, sondern zu seinem späteren Vorteil gereichen wird.

Die Beratung wird hier abgebrochen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Müller: Der Abg. Franz hat erwähnt, ich hätte vorgestern ausgeführt, daß die Großbrauereien an die Agenten 60 Proz. pro Waggon Gerste mehr bezahlen als an die Getreidelagerhäuser. Das ist nicht richtig, ich habe nur von einer Großbrauerei gesprochen. Wenn der Abg. Franz der Sache so großen Wert beigelegt hat, so könnte man an den Satz denken: qui s'excuse, s'accuse. (Heiterkeit.) Der Abg. Franz hat ferner gemeint, ich sollte statt Münchner Bier mehr badisches Bier trinken. Das käme der einheimischen Landwirtschaft mehr zu Gute. Ich glaube, das Münchner Bier, das ich konsumiere, kommt nicht in Betracht. Ich trinke nur während meiner Tätigkeit in Karlsruhe Münchner Bier und ich befinde mich dabei stets in ausgezeichnete Gesellschaft. (Heiterkeit.)

Schluß der Sitzung nach halb 2 Uhr nachmittags.

\* Karlsruhe, 17. März. 47. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 18. März 1904, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums des Innern für 1904 und 1905. Ausgabe Titel XVI, Einnahme Titel VII (Landwirtschaft) — Drucksache Nr. 14c. — Berichterstatter Abg. Schüler.

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, die Versicherung der Rindviehbestände betreffend — Drucksache Nr. 35a. — Berichterstatter: Abg. Schüler.